Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN SACHSEN-ANHALT 2024

rias ריאס SACHSEN ANHALT

ofek אופק

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, Postfach 58 03 16, 10413 Berlin

KONTAKT:
Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt, info@rias-sachsen-anhalt.de, +49 (0) 345 13 18 30 36 und +49 (0) 345 13 18 30 31

OFEK e.V., presse@ofek-beratung.de, +49 (0) 176 46 29 46 08, www.ofek-beratung.de

V. I. S. D. P.: Marina Chernivsky

KONZEPT UND REDAKTION: Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt

LEKTORAT: Dr. Frank Engster

GESTALTUNG: koop-bremen.de

ZITATIONSVORSCHLAG: Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt: Antisemitische Vorfälle in Sachsen-Anhalt 2024. Herausgegeben von OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, 2025.

BILDNACHWEIS: Die Bildrechte verbleiben, sofern im Abbildungsverzeichnis nicht anders angegeben, bei OFEK e.V.

URHEBERRECHTLICHE HINWEISE: © 2025 OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung. Sämtliche Rechte, auch die des auszugsweisen Abdrucks oder der Reproduktion einer Abbildung, sind vorbehalten. Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne schriftliche Zustimmung der Herausgeber:innen unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

HAFTUNGSAUSSCHLUSS: Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber:innen keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben; für diese fremden Inhalte übernehmen wir daher keine Gewähr. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten sind stets die jeweiligen Anbieter:innen oder Betreiber:innen der Seiten verantwortlich.

OFEK e.V. benutzt in den Texten den Gender-Doppelpunkt, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Doppelpunkt symbolisiert den Zwischenraum für alle Menschen, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die Schreibweisen in Zitaten wurden beibehalten.

Inhalt

Geleitworte
4 **Inessa Myslitska, Rimma Fil,** Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt
7 **Dr. Wolfgang Schneiß,** Ansprechpartner für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus

9 **Vorwort von Marina Chernivsky**

12 **Datengrundlage**

14 **Auf einen Blick**

16 **Antisemitische Vorfälle in Sachsen-Anhalt im Jahr 2024**
16 Vorfallarten
21 Erscheinungsformen des Antisemitismus
27 Betroffene
32 Tatorte
36 Regionale Verteilung der dokumentierten Vorfälle
38 Politisch-weltanschaulicher Hintergrund
41 Täter:innen

42 **Ausgewählte Aspekte des Vorfallgeschehens 2024**
43 Antiisraelischer Aktivismus
51 Aggressive Erinnerungsabwehr – Anstieg von Post-Shoah-Antisemitismus

57 **Über RIAS Sachsen-Anhalt**

60 **Anhang**
60 Begrifflicher Rahmen und Kategoriensystem
66 Abbildungsverzeichnis

Welche Zeit ist jetzt?

Am 4. April dieses Jahres wurde in Magdeburg der 800. Stolperstein verlegt, er ist der Erinnerung der Familie des bedeutenden Magdeburger Agrarunternehmers Wilhelm Kronheim gewidmet.

Trotz eines Werktages fanden sich zahlreiche Menschen an seinem ehemaligen Wohnort in der Sternstraße ein, um ihre persönliche Anteilnahme zu bekunden und die Erinnerung an ihn und seine Familie wach zu halten.

Am Tag vor der Gedenkveranstaltung wurden in einem anderen Stadtteil in Magdeburg fünf Stolpersteine von »Unbekannten« herausgebrochen und gestohlen. Die Bezeichnung »unbekannt« wird sehr häufig mit antisemitischen Vorfällen in Verbindung gebracht: Auch in diesem Fall hatte keiner gesehen, wer das getan hat, und keiner wurde für diesen Bruch der gesellschaftlichen Ordnung bestraft.

Wie viel Hass und wie wenig Verstand muss jemand haben, der sich an Stolpersteinen vergreift – an kleinen Erinnerungen an die Menschen, die durch den Nationalsozialismus ermordet wurden?

Antisemitismus erlebt heute auch in Sachen-Anhalt einen starken Anstieg. Nicht nur jüdische Gemeinden berichten von erlebten Gewalttaten, auch die registrierten Fälle, die Sie in dem Bericht »Antisemitische Vorfälle in Sachsen-Anhalt 2024« lesen werden, dokumentieren es. Schockierende Fakten über die aktuelle Situation.

»Nie wieder« ist jetzt

Vor 100 Jahren sprachen Rationalität und gesunder Menschenverstand dagegen, dass so etwas wie die Shoah in Deutschland geschehen könnte. Jüdinnen und Juden waren bestens in die deutsche Gesellschaft integriert. Große Geister, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Ärztinnen und Ärzte – ihre Namen machten Deutschland Ehre.

Dann kam die Shoah.

»Nie wieder!« hören wir von denen, die diese große Tragödie der Zivilisation überlebt haben sowie von denen, die sich dieser Konsequenz bewusst sind. Es fällt uns schwer zu verstehen, warum gleichwohl Menschen, die mit der dunkelsten Phase der deutschen Geschichte konfrontiert sind, von dieser Geschichte nicht lernen wollen.

Die Zeit heilt keine Wunden – die Zeit hinterlässt Narben. Und doch begann jüdisches Leben erneut in Deutschland zu wachsen – wie so oft in der über tausendjährigen Geschichte der Jüdinnen und Juden in unserem Land. Wie eine hartnäckige Blume, die durch Steine wächst.

Man konnte sich freuen, dass jüdisches Leben und jüdische Kultur eine neue Blüte erleben. Neue Synagogen wurden eröffnet, neue Kindergärten und Bildungseinrichtungen etablierten sich. Es schien, als sei das »Nie wieder« endlich Wirklichkeit geworden. Das Vertrauen wuchs, dass man sich als Jude in Deutschland unbesorgt fühlen kann.

Die Realität ist jedoch zurzeit, dass alle Synagogen rund um die Uhr bewacht werden. Dass sie diesen Schutz erhalten, ist gut – aber außerhalb unserer Gotteshäuser sind weder jüdisches Leben noch jüdische Kultur wirklich beschützt. Es gibt keine wirkliche Sicherheit – das ist eine Illusion.

Antisemitismus ist heute auch ein neuer Israelhass. Nach den schrecklichen Ereignissen vom 7. Oktober 2023 konnte man beobachten, wie in Deutschland die Empathie für jüdische Menschen verschwand und eine Täter-Opfer-Umkehr einsetzte, in der Israel in den deutschen Medien ständig verurteilt wird.

Es ist, als ob durch neue Parolen eine alte Propaganda den Menschen die moralische Orientierung und das rationale Denken raubt. Es ist viel einfacher, Parolen zu glauben; antiisraelischen Parolen, wie sie so laut auf pro-palästinensischen Demonstrationen in deutschen Städten gerufen werden. Und nachts werden Stolpersteine aus dem Boden gebrochen.

Zum Glück ist die Welt nicht nur schwarz. Es gibt Menschen, die an eine neue Zukunft glauben – eine Zukunft, in der die Fehler der Vergangenheit nicht vertuscht, nicht durchgestrichen, nicht umgeschrieben, sondern korrigiert werden.

Es gibt rund 200 Organisationen in unserem Bundesland, deren Arbeit mit dem Judentum verbunden ist – sie pflegen Friedhöfe, erforschen Geschichte, führen Bildungsangebote zu jüdischen Themen durch und helfen bei der Archivarbeit. Es sind religiöse und sozio-kulturelle Vereine sowie regionale Initiativen, für die ein partnerschaftliches und bereicherndes Zusammenleben in unserem

Bundesland von großer Wichtigkeit sind. Sie alle trägt ein gemeinsames Fundament: Verantwortung. Verantwortung nicht nur für die Vergangenheit, sondern vielmehr für die Zukunft. Für die Werte, die wir an unsere Kinder und Enkel weitergeben. Für das Deutschland, das wir ihnen überlassen wollen. Ein Deutschland ohne Antisemitismus, Xenophobie und Rassismus.

Der weise König Salomo sagte: »Es gibt eine Zeit, Steine wegzuwerfen, und eine Zeit, Steine zu sammeln.«

Welche Zeit ist jetzt?

Es liegt an jedem von uns, das zu entscheiden.

Inessa Myslitska
Vorsitzende des Landesverbandes
Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt

Rimma Fil
Geschäftsführerin des Landesverbandes
Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dieser Publikation veröffentlicht die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt die von ihr erfassten antisemitischen Vorfälle des Jahres 2024 und ordnet sie methodisch ein. Vermeldet wird für das vergangene Jahr ein neuer Höchststand an antisemitischen Vorfällen. Auch die Polizei hat für 2024 erneut eine hohe Zahl ermittelt. Das macht uns sehr besorgt. Auch in Sachsen-Anhalt lässt sich eine Entwicklung beobachten, die nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 zu einem weltweiten Anstieg von Antisemitismus führte und bisher nicht wieder rückläufig geworden ist.

Die Erfassung zeigt die Gefahr von rechtsextremem Antisemitismus, der sich in Form von Post-Shoah-Antisemitismus stark erhöht hat. Dass dieser häufig mit israelbezogenem Antisemitismus verbunden ist, zeigt seine Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit. Gedenkorte und jüdische Orte waren im vergangenen Jahr häufig das Ziel von Sachbeschädigungen. Medial ist besonders über den Diebstahl von Stolpersteinen in mehreren Orten berichtet worden. Solche Taten relativieren und/oder leugnen nationalsozialistische Verbrechen und sollen Erinnerung verhindern. Hier ist besondere Wachsamkeit geboten.

Mir ist wichtig: Hier geht es nicht bloß um abstrakte Zahlen von Vorfällen für die Statistik. Hier geht es um die gezielte Einschüchterung und Verunsicherung der jüdischen Gemeinschaft in unserem Land. Jüdinnen und Juden sind durch diese Vorfälle sehr betroffen. Sie brauchen unsere Solidarität und Aufmerksamkeit.

Ich danke dem Team von RIAS Sachsen-Anhalt (in Trägerschaft von OFEK e.V.) für seine engagierte Arbeit bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle und bei der Unterstützung von Betroffenen. Die Meldestelle ist inzwischen gut im Land vernetzt. Dass möglichst viele Menschen RIAS Sachsen-Anhalt kennen, ist für die Arbeit ganz entscheidend. Für alle Leserinnen und Leser dieses Jahresberichtes gilt: Geben Sie bitte der Meldestelle darüber Auskunft, wenn Sie antisemitische Vorfälle wahrnehmen. Informieren Sie auch in Ihrem Umfeld über diese Möglichkeit.

Die zivilgesellschaftlich wirkende Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt ist ein wichtiger Bestandteil der Bekämpfung von Antisemitismus in unserem Land, ergänzend zur Arbeit der Sicherheitsbehörden. Die Landesregierung unterstützt diese Arbeit und wird es auch in Zukunft tun. Mein Dank gilt der Meldestelle für die direkte, informative und vertrauensvolle Zusammenarbeit bei diesem ebenso wichtigen wie bedrückenden Thema.

Dr. Wolfgang Schneiß
Ansprechpartner für jüdisches Leben
in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus

Steigende Zahlen, schwindende Räume

»Das ist der absolute Horror (...), wie ein Alptraum, der nicht zu Ende geht. (...) So fühlt es sich immer noch an. Es ist etwas, was mich jeden Tag beschäftigt.« – Studienteilnehmerin[1]

Auch eineinhalb Jahre später dauert der 7. Oktober an. Wir stehen erst am Anfang der Verarbeitung und des Versuchs zu verstehen, wie sich das Leben der jüdischen und israelischen Communities, in Europa und anderswo, mit jenem Tag verändert hat – außer Frage steht jedoch, dass die Bruchstelle radikal und tiefgreifend war.

Seit Februar 2024 ist OFEK e.V. als Kooperationspartnerin an der Studie des Kompetenzzentrums für antisemitismuskritische Bildung und Forschung sowie der Fachhochschule Potsdam beteiligt, die die Wirkungen des Terroranschlags und Antisemitismus auf die Communities in Deutschland untersucht.[2] Erste Befunde zeigen, dass die erlebte Entsolidarisierung eine zentrale Rolle in der Verarbeitung der Zäsur spielt. Auch aus der Beratungspraxis und den dokumentierten Fällen wird deutlich: Antisemitismus wird mitten im sozialen Raum erlebt – dort, wo soziale Beziehungen und persönliche Integritäten berührt und erschüttert werden. Dieses Erleben ist nicht immer klar konturiert oder sprachlich fassbar. Oft zeigt es sich in einer Reihe von Erfahrungen, die erst in ihrer Kumulierung verständlich werden.

Der neue Bericht der Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt in Trägerschaft von OFEK e.V. konkretisiert für das Bundesland die Erlebnisse. Die Meldestelle stellt nunmehr zum dritten Mal ihre Zahlen vor, zum zweiten Mal im Rahmen eines umfassenden Berichts, der die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Antisemitismus im Bundesland analysiert und Kontinuitäten und neue Entwicklungen aufzeigt.

1 Zitiert nach Chernivsky, Marina/Friederike Lorenz-Sinai (2024a): »Der 7. Oktober als Zäsur für jüdische Communities in Deutschland«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 74:25-26, S. 20, einsehbar unter https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2024-25-26_online_Antisemitismus.pdf (abgerufen am 02.05.2025).

2 Diese Studie wird von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes gefördert und wurde bereits in mehreren Veröffentlichungen vorgestellt, so etwa Chernivsky/Lorenz-Sinai (2024a); Chernivsky, Marina/Friederike Lorenz-Sinai (2024b): »Antisemitismus vor und nach dem 7. Oktober. Historische Kontinuitäten, Erscheinungsdimensionen und empirische Befunde«, in: Ligante 7, einsehbar unter https://www.bag-relex.de/wp-content/uploads/2024/10/BAG-RelEx_Ligante_7_Online.pdf (abgerufen am 02.05.2025)

Die Meldestelle befindet sich seit 2022 in Trägerschaft von OFEK e.V. Der Verein ist seit 2021 im Bundesland aktiv – der Beratungsstandort OFEK Sachsen-Anhalt und die Meldestelle bauen seitdem tragfähige Kooperationen und Netzwerke gemeinsam auf und bilden ein unverzichtbares Tandem. Die Zusammenarbeit mit dem Landesverband, den jüdischen Gemeinden und zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort ist ein Ausdruck des wachsenden Vertrauens in die Arbeit der Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt und der Beratungsstelle OFEK Sachsen-Anhalt mit Sitz in Halle. Die Dokumentation antisemitischer Vorfälle im Land – orientiert an den Perspektiven der Betroffenen – ist nur im engen Schulterschluss mit der jüdischen Community und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen möglich.

Der Bericht beschreibt das zweite vollständige Kalenderjahr, in dem die Meldestelle tätig war, was eine umfassendere Vergleichbarkeit ermöglicht. Er verdichtet die oft diffusen Wahrnehmungen zu einem klaren Bild – einem Bild, das sich ständig über unterschiedliche Lebensbereiche wiederholt. Er zeigt aber auch, dass sich die Verschiebungen seit dem 7. Oktober 2023, der massive Abbau der Hemmschwellen zum manifesten Antisemitismus und die Bereitschaft zu seinen verbal und physisch gewaltvolleren Formen, eine nachhaltige Veränderung der Situation in Deutschland darstellen.

Ebenfalls legt der Bericht dar, was sich in der Beratungstätigkeit von OFEK e.V. auch immer und immer wieder zeigt: Antisemitismus durchdringt das Leben der hier lebenden Jüdinnen:Juden in allen Bereichen. OFEK Sachsen-Anhalt hat in den eineinhalb Jahren seit dem 7. Oktober 2023 beinahe 100 Beratungsfälle aus dem Bundesland aufgenommen und beraten – ein Großteil von ihnen sind multikomplexe Fälle, die sich in der Öffentlichkeit, in der Schule und Hochschule, im persönlichen Umfeld, am Arbeitsplatz oder online ereigneten. Hinter den Zahlen stehen Lebensrealitäten – Erfahrungen, Abwägungen, Sorgen um die Sicherheit der Angehörigen. Der Anschlag von Halle wirkt mächtig nach und wird durch weitere rechtsextreme und andere Fälle neu getriggert. Für die Betroffenen handelt es sich nie um isolierte Vorfälle, sondern um erlebte Kontinuitäten. Gewalt und Diskriminierung hinterlassen Spuren in Biografien, es sind wiederkehrende Situationen, die auch ältere, familiäre, Erfahrungen re-aktivieren können.

Sowohl die Dokumentation durch RIAS Sachsen-Anhalt als auch die Beratung durch OFEK Sachsen-Anhalt verweisen zudem auf die häufige institutionelle und strukturelle Verankerung antisemitischer Vorfälle. In den Schulen, Hochschulen, im Kunst- und Kulturbereich wirkt das gesellschaftliche Klima deutlich. Doch Antisemitismus zeigt sich nicht nur in extremen Ausprägungen, sondern gerade auch in alltäglichen Routinen und wiederkehrenden Handlungsmustern – sei es in Bildungseinrichtungen, Behörden, Medien oder sozialen Beziehungen. Solche Strukturen treten immer wieder als manifeste Vorfälle auf, dazwischen aber in sozial akzeptierten, scheinbar normalen Abläufen: Bagatellisieren, Wegsehen, Verschweigen jüdischer Perspektiven, im Verleugnen realer biografischer Wirksamkeit und alltäglicher Erfahrbarkeit des Antisemitismus. Für Jüdinnen:Juden ist Antisemitismus aber alles andere als abstrakt, er beeinflusst deren Leben und Sicherheit unmittelbar und auf eine sehr greifbare Weise – seit dem 7. Oktober 2023 verstärkt, wenn auch nicht auf eine fundamental neue Weise. Das Ignorieren der Erfahrungen und der damit einhergehenden Bedarfe führt zu Brüchen in Freundschaften und Beziehungen, wie auch zu schrittweise schwindenden sozialen Räumen.

Antisemitismus beschränkt die Teilhabe von Jüdinnen:Juden an der Gesellschaft und verengt ihre Grundrechte. Diesen Erfahrungen Gehör zu verschaffen, Jüdinnen:Juden eine uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ist ein Auftrag, der der gesamten Gesellschaft zukommt.

Wir bedanken uns bei den Meldenden und bei den Netzwerkpartner:innen für das Vertrauen und bei unserem Team für die wertvolle Arbeit.

Marina Chernivsky
Vorstand und Geschäftsführung,
OFEK e. V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, Träger der Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt

DATEN-GRUNDLAGE

Die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt in Trägerschaft von OFEK e.V. dokumentiert antisemitische Vorfälle unabhängig davon, ob sie als strafbar erachtet werden. Auch unter den strafrechtlich relevanten Vorfällen gab es Fälle, bei denen Betroffene keine Anzeige bei der Polizei erstatten wollten, aber Wert auf Dokumentation durch eine zivilgesellschaftliche Stelle legten.

Ein großer Teil der Vorfallmeldungen an RIAS Sachsen-Anhalt erfolgte im Beobachtungszeitraum direkt über das mehrsprachige Meldeportal **www.report-antisemitism.de**. Auch über E-Mail oder telefonisch gingen Vorfälle ein. Darüber hinaus sind zivilgesellschaftliche Netzwerkpartner:innen eine wichtige Quelle für das Bekanntwerden von antisemitischen Vorfällen. Zudem erfasst RIAS Sachsen-Anhalt über ein eigenes Monitoring antisemitische Vorfälle, etwa auf Veranstaltungen wie politischen Kundgebungen und Demonstrationen.

Die Einordnung der erhobenen Vorfalldaten erfolgt auf Grundlage des gemeinsamen Kategoriensystems der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus. Dieses Kategoriensystem ermöglicht eine einheitliche Erfassung und Vergleichbarkeit von antisemitischen Vorfällen zwischen den RIAS-Meldestellen bundesweit. Als Teil der BAG steht RIAS Sachsen-Anhalt im engen Austausch mit den Mitgliedern der BAG. In regelmäßigen Treffen sprechen die RIAS-Meldestellen über aktuelle Entwicklungen im Vorfallgeschehen, wie etwa über die Bedeutung von bestimmten Anlässen und Gelegenheitsstrukturen für antisemitische Vorfälle sowie über Arbeitsweisen und Kategorisierungen.

Eine erste Vergleichbarkeit der Daten ist mit dem zweiten Jahresbericht möglich geworden, da jetzt zwei vollständige Kalenderjahre zur Betrachtung herangezogen werden können.

An dieser Stelle möchten wir unseren Netzwerk- und Kooperationspartner:innen Dank für die Unterstützung unserer Arbeit aussprechen, besonders dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden Sachsen-Anhalt, den jüdischen Gemeinden im Bundesland sowie der Mobilen Opferberatung in Trägerschaft von Miteinander e.V. Zusätzlich möchten wir uns bei unseren Kolleginnen von OFEK Sachsen-Anhalt für die enge Zusammenarbeit sowohl in der gemeinsamen Netzwerkarbeit als auch in der Verweisberatung bedanken.

AUF EINEN BLICK

Der vorliegende Jahresbericht ist der zweite Jahresbericht der im Jahr 2022 eingerichteten Meldestelle. Für das Jahr 2024 hat RIAS Sachsen-Anhalt insgesamt 202 antisemitische Vorfälle erfasst. Das entspricht einer Steigerung dokumentierter antisemitischer Vorfälle um 13,5 % (178 Vorfälle im Jahr 2023).

Nach dem sprunghaften Anstieg antisemitischer Vorfälle aufgrund des Terrorangriffs der Hamas und ihrer Unterstützer auf Israel am 7. Oktober 2023 blieb das Aufkommen antisemitischer Vorfälle auch im Folgejahr hoch. So haben sich im vergangenen Jahr Gruppierungen des antiisraelischen Aktivismus im Bundesland etabliert und sorgten im öffentlichen Raum durch Veranstaltungen, in Redebeiträgen und durch das Verteilen von Flyern für antisemitische Vorfälle. Ein weiterer Schwerpunkt antisemitischer Vorfälle lag in Angriffen auf das Erinnern an die Shoah, etwa durch gezielte Sachbeschädigungen an Gedenkorten.

Zudem verzeichnete RIAS Sachsen-Anhalt im Jahr 2024 einen deutlichen Anstieg antisemitischer Vorfälle, die einen rechtsextremen Tathintergrund aufwiesen.

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN SACHSEN-ANHALT IM JAHR 2024

Vorfallarten

Nach dem sprunghaften Anstieg des Antisemitismus nach dem Terrorangriff der islamistischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 blieben antisemitische Vorfälle auch im Jahr 2024 auf einem hohen Stand. Der Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt wurden insgesamt 202 antisemitische Vorfälle im letzten Jahr bekannt. Damit gab es eine Zunahme um 24 Vorfälle im Vergleich zu den 178 dokumentierten Vorfällen im Jahr 2023.[3] Nach zweieinhalb Jahren des Bestehens der Meldestelle konnte nun das zweite volle Kalenderjahr ausgewertet werden. Die Zunahme antisemitischer Vorfälle ist besorgniserregend: Neben wachsendem israelbezogenem Antisemitismus wurde auch deutlich mehr Post-Shoah-Antisemitismus dokumentiert, 45 % der Vorfälle fallen unter diese Erscheinungsform. In gesonderten Kapiteln

3 Der Bericht über das Jahr 2023 findet sich hier: https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2024/06/2024-06-19_rias-lsa_Antisemitische-Vorfaelle-LSA-2023.pdf (abgerufen am 11.04.2025).

geht der vorliegende Bericht auf die Spezifika dieser beiden Vorfallarten ein: auf die Erinnerungsabwehr sowie auf die Etablierung eines studentisch organisierten antiisraelischen Milieus.

Grafik 1: Antisemitische Vorfälle 2024 nach Vorfallart

Bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle unterscheidet RIAS je nach Art und Schwere sechs verschiedene Vorfallarten. Wie die obige Grafik zeigt, traten im Jahr 2024 alle Vorfallarten auf, ausgenommen Vorfälle extremer Gewalt.

Extreme Gewalt beschreibt physische Angriffe und Anschläge – oder deren Versuch – mit tödlicher oder potenziell tödlicher Gewalt, die den Verlust von Menschenleben oder schwere Körperverletzungen zur Folge haben oder haben können.

Davon unterschieden werden in der Kategorie **Angriffe** physische Attacken oder deren Versuche, die nicht lebensbedrohlich sind oder keine schwerwiegenden körperlichen Schäden nach sich ziehen. Im Jahr 2024 gab es keinen Fall extremer Gewalt, jedoch drei Angriffe.

RIAS Sachsen-Anhalt konnte durch eigenes Monitoring noch weitere Fälle antisemitischer Gewalt und Bedrohungen registrieren. Allerdings waren die vorhandenen Vorfalldaten ungenügend, daher war keine vollständige Dokumentation dieser Vorfälle möglich. So konnten der Dokumentation der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt im Zuge der Beantwortung Kleiner Anfragen im Landtag durch die Landesregierung vier Delikte mit dem Straftatbestand der Körperverletzung und zwei Delikte mit dem Straftatbestand der Bedrohung entnommen werden, die in den polizeilichen Ermittlungen der PMK-Kategorie »Hasskriminalität – antisemitisch« zugeordnet wurden. Für den möglichen antisemitischen Charakter dieser Vorfälle erfolgte bis zum Dokumentationsschluss des Beobachtungszeitraums jedoch keine Verifikation.

Bedrohungen sind eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhungen von Gewalt. Im vergangenen Jahr hat RIAS Sachsen-Anhalt solche Vorfälle sechzehnmal erfasst (2023: 13 Vorfälle). Obwohl es positiv zu bewerten ist, dass es im vorliegenden Erfassungszeitraum zu keinem Fall von extremer Gewalt gekommen ist, ist die Anzahl der Fälle von Bedrohungen und Angriffen gestiegen. Bei Angriffen wird die Schwelle zur physischen Gewalt überschritten (bzw. versucht zu überschreiten), und Betroffene können physisch und/oder psychisch Schaden nehmen. Bedrohungen überschreiten diese Grenze zwar nicht, sie können aber, wie im folgenden Beispiel deutlich wird, für die Betroffenen das Sicherheitsempfinden massiv einschränken.

VORFALL: **Todesdrohung in antisemitischer E-Mail**

Eine Amtsperson erhielt eine antisemitische E-Mail. Die Person wird mit dem Tod bedroht. Weiter werden Israelis in der Mail als »Judenschweine, Kindermörder und Frauenmörder« beschimpft.

VORFALLART: **Bedrohung** ERSCHEINUNGSFORM: **israelbezogener Antisemitismus, antijudaistischer Antisemitismus**

Antisemitische Äußerungen gegenüber jüdischen sowie israelischen Personen und Institutionen, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Individuen und Institutionen, offline wie online, erfasst RIAS Sachsen-Anhalt in der Kategorie des **verletzenden Verhaltens.** Auch das Beschädigen oder das Beschmieren nichtjüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Parolen oder durch das Anbringen antisemitischer Plakate, Aufkleber und Ähnlichem wird in dieser Kategorie dokumentiert.

Mit 146 Vorfällen verletzenden Verhaltens im Jahr 2024 (2023: 144 Vorfälle) stellt diese Vorfallart einen Großteil der dokumentierten Fälle dar. 41 der 146 Vorfälle gehen auf Versammlungen zurück. Politische Versammlungen, die als Plattform für die Verbreitung von Antisemitismus genutzt wurden, machten somit einen erheblichen Teil der Vorfälle aus.

VORFALL: Schmiererei

Unbekannte beschmieren Anfang Dezember in Magdeburg eine Hochwasserschutzmauer mit »Juden sichten und vernichten!!«

Vorfallart: verletzendes Verhalten Erscheinungsform: antisemitisches Othering

Abbildung 3: Antisemitische Schmiererei in Magdeburg

Vorfälle, in denen jüdisches Eigentum durch physisches Einwirken, Besprühen, Beschmieren oder Bekleben gezielt beschädigt wird, dokumentiert RIAS Sachsen-Anhalt als **gezielte Sachbeschädigung.** Auch das Beschädigen oder das Beschmieren von Zeichen und Orten der Erinnerung an die Shoah, also zum Beispiel von Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, aber auch von Geschäftsstellen entsprechender Institutionen, wird der Kategorie der gezielten Sachbeschädigung zugeordnet. RIAS Sachsen-Anhalt wurden im vorliegenden Beobachtungszeitraum 22 solcher gezielten Sachbeschädigungen bekannt und damit mehr als im Vorjahr (17 Vorfälle). Allein acht dieser Vorfälle waren Stolpersteindiebstähle zwischen dem 7. Oktober und dem 12. November 2024. Im Vorjahr wurde kein solcher Diebstahl dokumentiert.

VORFALL: gezielte Sachbeschädigung als Erinnerungsabwehr

Anfang Februar wurde in Halberstadt ein Banner der Moses-Mendelssohn-Akademie zerschnitten, der an das jüdische Leben in der Stadt erinnert und unter anderem einen alten Stadtplan mit der Lage des jüdischen Viertels, jüdischer Wohnhäuser und Geschäfte zeigt.

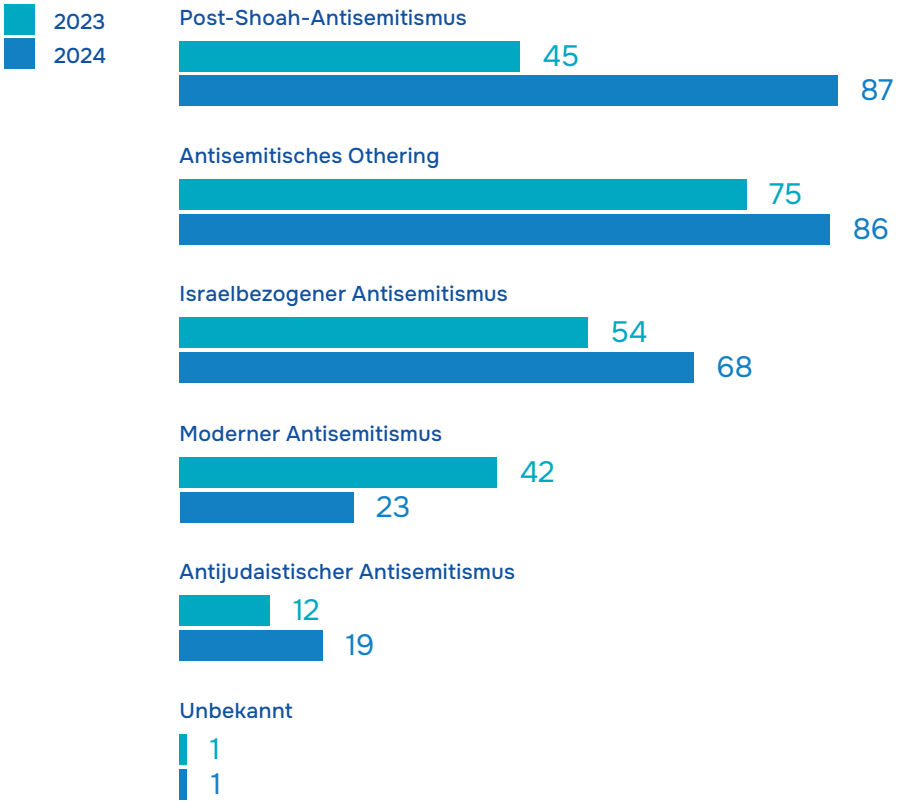
VORFALLART: gezielte Sachbeschädigung ERSCHEINUNGSFORM: antisemitisches Othering

Außerdem gab es im Jahr 2024 vierzehn Vorfälle mit **Massenzuschriften,** also antisemitischen Zuschriften, die sich an einen größeren Adressat:innenkreis richten. Hier lässt sich ein deutlicher Anstieg feststellen, da im Vorjahr RIAS Sachsen-Anhalt nur zwei antisemitische Massenzuschriften bekannt geworden sind.

Erscheinungsformen des Antisemitismus

Antisemitismus zeigt sich in unterschiedlichen Erscheinungsformen, die unterschiedliche Motive hinsichtlich ihrer Bezüge auf Geschichte und Gesellschaft, ihrer Feindbildkonstruktion und ihrer Welterklärungsmodelle aufweisen.

Das Vorfallgeschehen in Sachsen-Anhalt weist alle Spektren der von RIAS-Meldestellen unterschiedenen antisemitischen Erscheinungsformen auf, wobei ein Teil der Vorfälle mehrere Erscheinungsformen zugleich enthält. Dadurch übersteigt die Anzahl der Zuordnungen von Erscheinungsformen die Anzahl der Vorfälle im Beobachtungszeitraum. Für fast alle Erscheinungsformen wurde im Vergleich zu 2023 ein Anstieg verzeichnet, sodass im aktuellen Berichtszeitraum den 202 dokumentierten Vorfällen 284 antisemitische Erscheinungsformen zugeordnet wurden (2023: in 178 Vorfällen 229 antisemitische Erscheinungsformen). Einem Vorfall konnte keine Erscheinungsform zugeordnet werden.



Grafik 2: Erscheinungsformen des Antisemitismus 2023 – 2024

Das **antisemitische Othering,** also die Markierung von Jüdinnen:Juden als Fremde oder die Markierung von Personen und Institutionen als jüdisch, um sie als fremd zu markieren oder abzuwerten, wurde in 86 der 202 insgesamt bekanntgewordenen Vorfälle festgestellt. Das bedeutet einen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 11 Vorfälle. Allerdings blieb durch das gestiegene Gesamtaufkommen der Anteil an dieser Erscheinungsform mit 42,6 % fast gleich (im Jahr 2023 42,1 % aller Vorfälle). Im Othering werden Jüdinnen:Juden als ein Fremdkollektiv behauptet, und ihnen werden zumeist negative Kollektiveigenschaften unterstellt, die sie angeblich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden. Eine häufige Form des antisemitischen Otherings, die der Meldestelle bekannt wurde, ist der Gebrauch des Wortes »Jude« als Beleidigung, häufig auch in Verknüpfung mit Tierbezeichnungen oder mit sexistischen und anderen Beleidigungen.

Abbildung 4: Antisemitismus im Fußballbereich

So beleidigten Fußballfans des Halleschen FC im Oktober 2024 gegnerische Fußballfans nach einem Fußballspiel auf der Straße unter anderem als »Judenschweine« und »Hurensöhne«. Auch in Schmierereien im öffentlichen Raum findet sich diese Form des Antisemitismus.

VORFALL: **Antisemitismus im Fußballbereich**

Im August wurde an einer Bahnhaltestelle in Halle eine antisemitische Schmiererei entdeckt. Unbekannte hatten dort mit schwarzem Marker die Parole »Juden Jena« an eine Anzeigentafel geschmiert.

VORFALLART: **verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **antisemitisches Othering**

Antisemitische Einstellungen können auch auf den Staat Israel projiziert werden. Werden Äußerungen zu der Politik Israels mit Ideologemen des Antisemitismus verbunden, sind sie dem **israelbezogenen Antisemitismus** zuzurechnen. Dazu zählen auch Aussagen, die sich antisemitisch gegen den jüdischen Staat selbst richten, etwa wenn dessen Existenz delegitimiert

wird. Häufig treten delegitimierende zusammen mit dämonisierenden Aussagen auf, oder es werden an das Handeln des Staates Israel andere Maßstäbe angelegt als an andere Staaten (sog. Doppelstandards).
Die Fallzahl für israelbezogenen Antisemitismus hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 14 Vorfälle auf 68 Vorfälle erhöht (2023: 54 Vorfälle). Das entspricht einem leichten Anstieg des Anteils dieser Erscheinungsform an den gesamten erfassten Vorfällen auf 33,7 % (2023: 30,3 %).

VORFALL: antisemitischer Aufkleber

Am 28. Oktober 2024 wurde in Roßlau ein Aufkleber mit der Aufschrift »Fuck you Israel« und einem durchgestrichenen Davidstern entdeckt. Die gegen Israel gerichtete Parole und der durchgestrichene Davidstern verbinden israelbezogenen Antisemitismus mit antisemitischem Othering. Bereits im Februar 2024 wurde dieser Aufkleber zusammen mit anderen, dem rechtsextremen Milieu zuzuordnenden Aufklebern und Schmierereien in Burg entdeckt und RIAS Sachsen-Anhalt gemeldet. Der gezeigte Aufkleber wird von einem rechtsextremen Versand aus Thüringen vertrieben.

VORFALLART: **verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **israelbezogener Antisemitismus, antisemitisches Othering**

Abbildung 5: israelfeindlicher Sticker in Roßlau

Die Anzahl der Fälle des **Post-Shoah-Antisemitismus,** also Leugnung der Shoah, Angriff auf die Erinnerung an die Shoah oder antisemitische Verherrlichung des Nationalsozialismus, hat sich mit 87 Vorfällen im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt (45 Vorfälle im Jahr 2023).
Das entspricht 43,1 % am Gesamtaufkommen. Damit ist diese Form des

Antisemitismus die am häufigsten dokumentierte Erscheinungsform im Berichtszeitraum; im Vorjahr war die häufigste Form noch das antisemitische Othering. Die Zunahme ist unter anderem auf den Anstieg von Schmierereien zurückzuführen. Gab es 2023 noch neun Vorfälle solcher Schmierereien, waren es 2024 bereits 23 Vorfälle. Auffallend ist hierbei, dass viele dieser Vorfälle einem rechtsextremen Hintergrund zugeordnet werden konnten: von einem Vorfall 2023 auf 16 Vorfälle 2024. Außerdem zeigten eine Reihe von Vorfällen des israelbezogenen Antisemitismus eine Verknüpfung mit Elementen des Post-Shoah-Antisemitismus, so etwa im Fall der Gleichsetzungen der Politik Israels mit dem Nationalsozialismus oder mit den Verbrechen der Shoah. Häufig kommt es auch zu einer antisemitischen Täter-Opfer-Umkehr, etwa wenn behauptet wird, die »Opfer von früher« (gemeint sind die Überlebenden der Shoah und ihre Nachkommen) würden sich heute gegenüber den Palästinenser:innen so verhalten »wie früher die Nazis gegenüber den Jüdinnen:Juden«. War solch eine Verknüpfung von israelbezogenem Antisemitismus mit Post-Shoah-Antisemitismus 2023 noch in acht Vorfällen der Fall, waren es 2024 bereits 16 Vorfälle. Nicht zuletzt wiesen im aktuellen Berichtszeitraum auch mehr Vorfälle der gezielten Sachbeschädigungen an Gedenkorten einen Post-Shoah-Antisemitismus auf. Im Jahr 2023 waren es 8 Vorfälle, im Jahr 2024 bereits 15 solcher Vorfälle. (Zu Post-Shoah-Antisemitismus siehe auch Seite 51.)

VORFALL: Angriff auf die Erinnerung an die Shoah

Ende Mai 2024 wurden drei Jugendliche an einer Bushaltestelle in Aken dabei beobachtet, wie sie das Buch »Tagebuch der Anne Frank« beschädigten und anschließend Teile davon in einem Papierkorb verbrannten.

VORFALLART: **verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **Post-Shoah-Antisemitismus**

Von den 202 Vorfällen im Beobachtungszeitraum wiesen 23 Vorfälle Elemente des **modernen Antisemitismus** auf, also die Behauptung einer jüdischen Allmacht, einer jüdischen Weltverschwörung und Ähnlichem. Bei dieser Erscheinungsform ist ein Rückgang um 19 Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen (20023: 42 Vorfälle). Damit sinkt der Anteil an Vorfällen, die modernen Antisemitismus aufweisen, am gesamten Vorfallaufkommen von 23,6 % im Jahr 2023 auf 11,4 % 2024.

VORFALL: Codierung und Chiffren vermeintlich jüdischer Allmacht

Ende Februar 2024 sprach ein Redner einer rechtsextremen Kundgebung in Querfurt mit dem Titel »Stoppt den großen Raubzug!« vom »Masterplan der Globalisten«, den »Interessen der Hochfinanz« und vom »Vernichtungswerk globaler Eliten«. Er sprach von einer Vereinheitlichung und Entwurzelung des Menschen (»Aufhebung der Völker dieser Erde in einer Weltbevölkerung« durch diese »Globalisten« und »Eliten«).
Der Vorfall zeigt die Chiffrierung, mit welcher der moderne Antisemitismus operiert: Es ist nicht mehr explizit von einer jüdischen Weltverschwörung und Ähnlichem die Rede, stattdessen wird mit Chiffren wie »Globalisten« und »Hochfinanz« operiert und von einer geheimen Elite gesprochen, die angeblich die Welt beherrscht und geheime Pläne verfolgt. Vor allem rechtsextreme Kreise verbreiten in chiffrierter Form die klassische antisemitische Vorstellung einer verschworenen Machtclique, welche die Völker zersetzen und in einer einheitlichen Weltbevölkerung auflösen möchte.

VORFALLART: **verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **moderner Antisemitismus**

Außerdem wurden im Jahr 2024 insgesamt 19 Vorfälle des **antijudaistischen Antisemitismus** dokumentiert, also des religiös motivierten Antisemitismus (2023: 12 Vorfälle). Es handelt sich um die klassische Form des Antisemitismus, unter anderem um die jahrhunderte alte Ritualmordlegende, also die Behauptung der rituellen Tötung christlicher Kinder durch Jüdinnen:Juden. Solche tiefgelagerten Vorstellungen erhalten sich bis in die Gegenwart und treten unter anderem in der Parole, der Staat Israel sei ein »Kindermörder«, immer wieder auf. Letzteres stellt eine Verknüpfung des Antijudaismus mit dem israelbezogenen Antisemitismus dar.

Lediglich zwei der Vorfälle mit antijudaistischem Antisemitismus wiesen keine Verknüpfung mit anderen Erscheinungsformen auf, 17 Vorfälle enthielten dagegen mindestens eine weitere Erscheinungsform. So wiesen 10 der 17 Vorfälle auch Elemente des israelbezogenen Antisemitismus auf.

Mehrfachzuordnungen von antisemitischen Erscheinungsformen

Kombinationen mehrerer antisemitischer Erscheinungsformen zeigten sich 2024 in 63 Vorfällen (31,7 % am Gesamtaufkommen), im Jahr 2023 waren es 42 Vorfälle (23,6 %). Von diesen 63 Vorfällen im Jahr 2024 traten in 40 Vorfällen zwei, in 21 Vorfällen drei Erscheinungsformen des Antisemitismus und in zwei Vorfällen sogar vier Erscheinungsformen zugleich auf. Besonders häufig verknüpft waren antisemitisches Othering und Post-Shoah-Antisemitismus (in 20 Vorfällen), ebenso antisemitisches Othering und israelbezogener Antisemitismus (in 19 Vorfällen). In 16 Vorfällen traten der israelbezogene Antisemitismus und der Post-Shoa-Antisemitismus in Kombination auf.

VORFALL: Verknüpfung von antisemitischem Othering und Post-Shoah-Antisemitismus

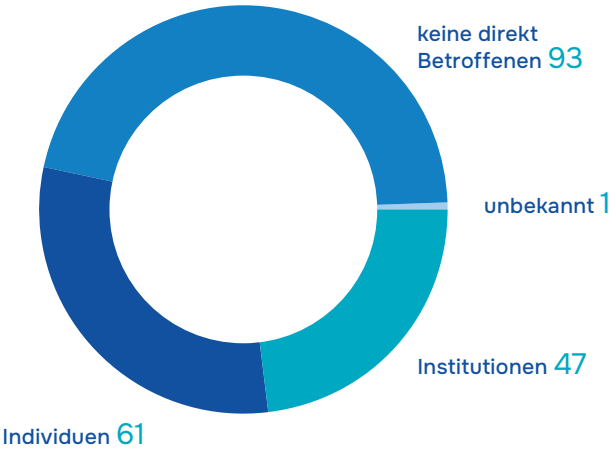
Mitte Juni schmierten Unbekannte in Halle auf eine Bank am Mahnmal und Gedenkort für die ehemalige Synagoge Hakenkreuze sowie die Parolen »Juden raus« und »Landser fetzt«.

VORFALLART: **gezielte Sachbeschädigung** ERSCHEINUNGSFORM: **antisemitisches Othering, Post-Shoah-Antisemitismus**

Solche Verknüpfungen von Erscheinungsformen zeigen sich zum Beispiel auch, wenn feindliche Einstellungen gegen Israel auf Jüdinnen:Juden bezogen werden, diese für das Handeln Israels in Verantwortung genommen und als eine Fremdgruppe markiert werden. Hier gehen Formen von israelbezogenem Antisemitismus mit antisemitischem Othering einher.

Zudem enthalten antisemitische Weltbilder häufig eine auf die Shoah bezogene Täter-Opfer-Umkehr, die zum Beispiel mit der Behauptung jüdischer Allmacht verbunden wird. Hier verknüpfen sich Formen des modernen Antisemitismus mit Formen des Post-Shoah-Antisemitismus.

Betroffene



Grafik 3: Betroffene von antisemitischen Vorfällen in Sachsen-Anhalt 2024

Von 202 antisemitischen Vorfällen richteten sich 47 Vorfälle gegen **Institutionen** und 61 Vorfälle gegen **Individuen.** Bei einem Vorfall lagen RIAS Sachsen-Anhalt nicht genügend Informationen vor, um beurteilen zu können, ob Einzelpersonen betroffen waren oder eine Institution. In 93 Vorfällen gab es keine direkt Betroffenen. Bei diesen Vorfällen handelte es sich zum Beispiel um antisemitische Schmierereien, um Aufkleber im öffentlichen Raum oder um antisemitische Artikulationen im Kontext politischer Demonstrationen. Auch wenn es bei zahlreichen Vorfällen keine direkt Betroffenen gab, haben diese dennoch Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Betroffene sind zudem nicht immer Jüdinnen:Juden. Gerade in Bundesländern mit kleinen jüdischen Communities wie in Sachsen-Anhalt äußert sich Antisemitismus oft ohne unmittelbare Anwesenheit von jüdischen Personen. Zugleich erleben Jüdinnen:Juden Antisemitismus in ihrem Alltag und in zentralen sozialen Institutionen. Sie sind antisemitischen Adressierungen besonders häufig und auch direkter ausgesetzt, wenn sie erkennbar jüdisch sind. Im Gegensatz zur nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft müssen sie in allen Lebensbereichen mit Antisemitismus rechnen und Strategien entwickeln,

solchen Adressierungen zu entgehen.[4] Diese Perspektivendivergenz[5] wurde am Beispiel des Schulkontextes von Marina Chernivsky und Frederike Lorenz-Sinai genauer beschrieben.[6] Ein weiteres Beispiel für den alltäglichen Antisemitismus, dem Jüdinnen:Juden ausgesetzt sind, sind antisemitische Zuschriften, wie sie jüdische Gemeinden und als jüdisch wahrgenommene Einrichtungen regelmäßig erhalten.

VORFALL: antisemitische Zuschrift

Die Jüdische Gemeinde Halle erhielt eine Postkarte mit dem Felsendom darauf und der Aufschrift in Form eines Verkehrsschildes »Mediterranean Sea only 45 km«. Der Wegweiser »nur 45km Mittelmeer« spielt auf die bekannte Forderung an, die Juden ins Meer zu treiben und impliziert eine Vernichtungsdrohung. Wenn diese Karte an die Jüdische Gemeinde in Halle geschickt wird, verdeutlicht das neben der Drohung zudem, dass Jüdinnen:Juden in Deutschland mit Israel gleichgesetzt werden.

VORFALLART: **verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **israelbezogener Antisemitismus**

Abbildung 6:
antisemitische Postkarte

4 Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus (2017): Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, Seite 91 ff.: https://www.antisemitismusbeauftragter.de/SharedDocs/downloads/Webs/BAS/DE/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (abgerufen am 02.05.2025).
5 Chernivsky, Marina (2017): Betroffenenperspektive. Perspektivendivergenz im Umgang mit Antisemitismus, in: Neue deutsche Organisationen: Gleich ≠ Gleich. Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten im Gespräch, S. 48-51, https://www.neue-deutsche-organisationen.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Dossier_Gleichstellungsdaten/NDO_DOSSIER_RZ.pdf (abgerufen am 02.05.2025).
6 Chernivsky, Marina/Lorenz-Sinai, Frederike (2022): Perspektivendivergenz in der Antizipation und Einordnung antisemitischer Gewalt im Kontext Schule, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Jüdisches Leben in Deutschland, S. 252–262, https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ-Edition_JLiD_ba_0.pdf (abgerufen am 23.04.2025).

Individuen

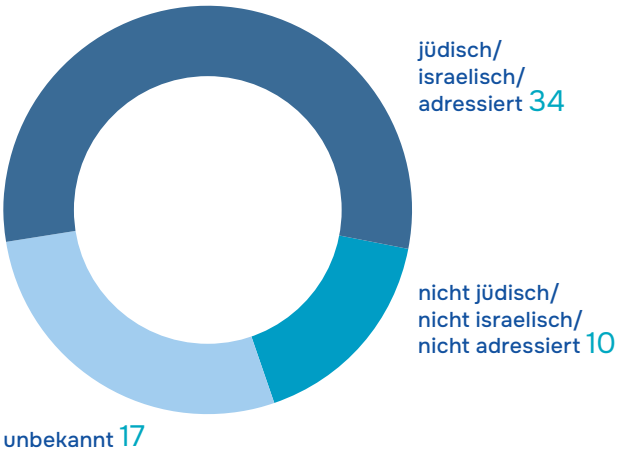
In 61 Fällen richteten sich antisemitische Vorfälle direkt gegen Einzelpersonen. Hierbei können auch mehrere Personen durch die Täter:innen adressiert werden, etwa wenn eine ganze Gruppe von Menschen antisemitisch beleidigt oder angegriffen wurde. So waren in den 61 Vorfällen 86 Personen betroffen: Es gab zwei Vorfälle mit zwei Betroffenen, einen Vorfall mit drei betroffenen Personen, einen mit 8 und einen Vorfall mit fünfzehn betroffenen Personen. Im Jahr 2023 waren in 68 Vorfällen insgesamt 77 Personen betroffen gewesen.

Beispielsweise beschimpfte im September in Magdeburg eine Frau unvermittelt eine Personengruppe, die im Außenbereich einer Bar sitzt, auf Russisch mit der Aussage »Drüben ist Krieg und ihr Juden trinkt und feiert hier«.

In 34 der 61 gegen Personen gerichtete Vorfälle waren die betroffenen Personen jüdisch und/oder israelisch oder wurden als solche adressiert. Letzteres bedeutet, dass auch nichtjüdische Personen zum Beispiel in antisemitischen Beleidigungen als jüdisch und/oder israelisch adressiert werden können.

In zehn Vorfällen waren die Personen nicht jüdisch und/oder nicht israelisch oder wurden auch nicht als solches adressiert. In den übrigen 17 der 61 Vorfälle blieben der Hintergrund der Betroffenen oder eine entsprechende Adressierung unbekannt.

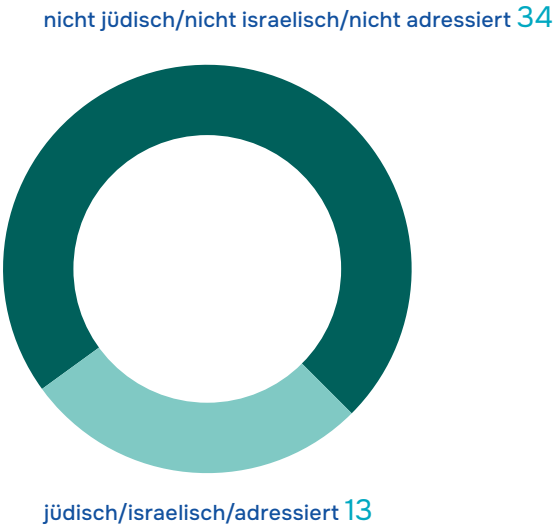
61 Vorfälle, in denen insgesamt 86 Personen betroffen sind



Grafik 4: Betroffene Individuen antisemitischer Vorfälle 2024

Institutionen

Von antisemitischen Vorfällen betroffene Institutionen **47, davon:**



Grafik 5: Betroffene Institutionen antisemitischer Vorfälle 2024

Institutionen waren in 47 Fällen von Antisemitismus betroffen (2023: 42 Fälle). Davon waren in dreizehn Fällen jüdische, israelische oder als solche adressierte Institutionen betroffen, darunter fallen auch die Vorfälle, bei denen jüdische Friedhöfe oder jüdische Gemeinden von antisemitischen Vorfällen betroffen waren. Demnach waren in den anderen 34 Vorfällen Institutionen von antisemitischen Vorfällen betroffen, ohne jüdisch, israelisch oder als solche adressiert zu sein. Hierunter fallen etwa Diebstähle von Stolpersteinen (Gedenkinitiativen) oder Beschädigungen an Gedenkstätten.

VORFALL: **Steinwurf auf das Simon Rau Zentrum**

In der Nacht auf den 9. Oktober warf ein Mann in Begleitung einer Frau Steine auf das Gebäude des Gedenkorts Simon Rau Zentrum und rief »Scheiß Israel«. Im Fenster des Zentrums war gut sichtbar eine beleuchtete Israelflagge angebracht.

VORFALLART: **gezielte Sachbeschädigung** ERSCHEINUNGSFORM: **israelbezogener Antisemitismus, Post-Shoah-Antisemitismus**

Die Zahlen zeigen, dass Antisemitismus sich oft unabhängig von der Anwesenheit von Jüdinnen:Juden manifestiert. Jedoch bestätigen die Analysen der RIAS-Meldestellen, dass das Risiko für Jüdinnen:Juden, antisemitisch adressiert und angefeindet zu werden, mit ihrer Sichtbarkeit steigt. Für Jüdinnen:Juden bedeutet das die Einschränkung ihrer Teilhabe, da sie nicht selbstverständlich jüdisch sein können, und ihre Identität, Sprache und Sichtbarkeit unter Umständen verbergen müssen. Insbesondere nach dem 7. Oktober 2023 ist damit auch eine Bedrohung verbunden, im Alltag nicht nur angefeindet, sondern auch direkt angegriffen zu werden.[7] Das kann sich negativ auf das Sicherheitsgefühl der potenziell Betroffenen und auf ihren Umgang mit der eigenen jüdischen Identität auswirken. Da sich der Großteil der jüdischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt aus Personen zusammensetzt, die aus Regionen der ehemaligen Sowjetunion kommen, und nur wenige von ihnen in der Öffentlichkeit religiöse Symbole tragen, sind viele Jüdinnen:Juden in Sachsen-Anhalt neben Antisemitismus auch antislawischem Rassismus ausgesetzt. Im persönlichen Austausch mit Gemeinden wird diese doppelte Diskriminierung immer wieder betont.

RIAS Sachsen-Anhalt geht von einer hohen Dunkelziffer aus, insbesondere bei Fällen mit direkt Betroffenen, da die Meldestelle noch nicht überall bekannt ist und ihre Reichweite weiter ausbauen muss.

7 Beispielhaft hierfür stehen die Einschätzungen und Erfahrungen bayerischer Jüdinnen und Juden, die in der Analyse von RIAS Bayern »›Free Palestine from German guilt?‹ Israelbezogener Antisemitismus in Bayern nach dem 7. Oktober« zu Wort kommen (Seite 50 ff.). https://report-antisemitism.de/documents/Israelbezogener-Antisemitismus_in_Bayern_nach_dem_7_Oktober.pdf (abgerufen am 23.04.2025).

Tatorte

Grafik 6: Tatorte antisemitischer Vorfälle 2024

Insgesamt hat die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt 163 antisemitische Vorfälle, die sich offline ereigneten, sowie 39 online Vorfälle dokumentiert (2023: 131 offline, 46 online, 1 unbekannt). Aus operativen und methodischen Gründen werden von RIAS Online-Vorfälle nur erfasst und dokumentiert, wenn sie an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Eine solche **Adressierung** liegt vor, wenn sich die antisemitische Äußerung zum Beispiel mit der Nennung des Namens oder des Profilnamens an eine Person oder Institution richtet. Die Adressierung muss folglich unmittelbar sein, zum Beispiel als Ansprache in einem Facebook-Kommentar. Werden gezielt antisemitische Inhalte oder z.B. Drohungen auf den Webpräsenzen von erkennbar jüdischen/israelischen Einrichtungen oder von NS-Gedenkstätten/-initiativen gepostet, stellt dies ebenfalls eine Adressierung dar.

Das Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle auf Plattformen der Sozialen Medien schätzt die Meldestelle deutlich höher als die tatsächlich gemeldeten Fälle ein.

Von den 163 Offline-Vorfällen fand ein Großteil auf der Straße statt (78 Vorfälle, 38,6 % der dokumentierten Gesamtfälle). Hier verzeichnete RIAS Sachsen-Anhalt einen Anstieg um 15 Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr. Auch im ÖPNV kam es mit zwölf antisemitischen Vorfällen zu deutlich mehr Vorfällen als im Vorjahr (vier Vorfälle). In 19 weiteren Fällen betraf Antisemitismus Gedenkorte. In 14 Fällen fand er in Bildungseinrichtungen statt, also in Institutionen wie Schulen und Universitäten; das sind in diesem Bereich fünf Vorfälle mehr als im letzten Jahr. Dazu kommen fünf weitere Vorfälle in Kunst- und Kultureinrichtungen, die von allen RIAS-Meldestellen seit 2024 gesondert erfasst werden.

VORFALL: Antisemitismus in Bildungseinrichtung

An einem Campus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wurde im Juli ein Aufkleber entdeckt. In Großschrift steht darauf »Keine Pride der Apartheid«. Unter der Parole befindet sich ein pathetischer Text, in der die Unterdrückung der Palästinenser thematisiert wird. Der Vorwurf, Israel sei ein Apartheidstaat, wird immer wieder vom antiisraelischen Milieu geäußert. Hier wird der Begriff synonym für den Staat Israel als Ganzes genutzt. Damit wird Israel in dämonisierender Absicht mit historischen Apartheidregimen gleichgesetzt und als ein angeblich rassistisches Gebilde delegitimiert.[8]

VORFALLART: **verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **israelbezogener Antisemitismus**

8 Vgl.: Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (2024): Antisemitismus bei BDS. Akteure – Aktionsformen – Wirkung, S. 19 ff.: https://report-antisemitism.de/documents/2024-03-14_Antisemitismus-bei-BDS.pdf (abgerufen am 10.04.2025).

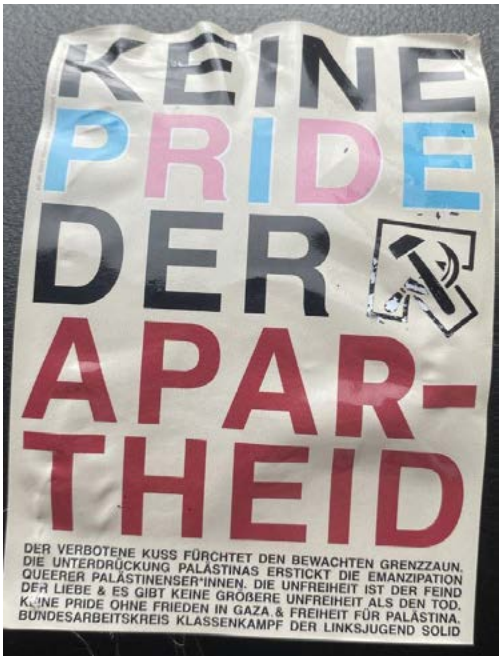


Abbildung 7: israelfeindlicher Sticker am Campus

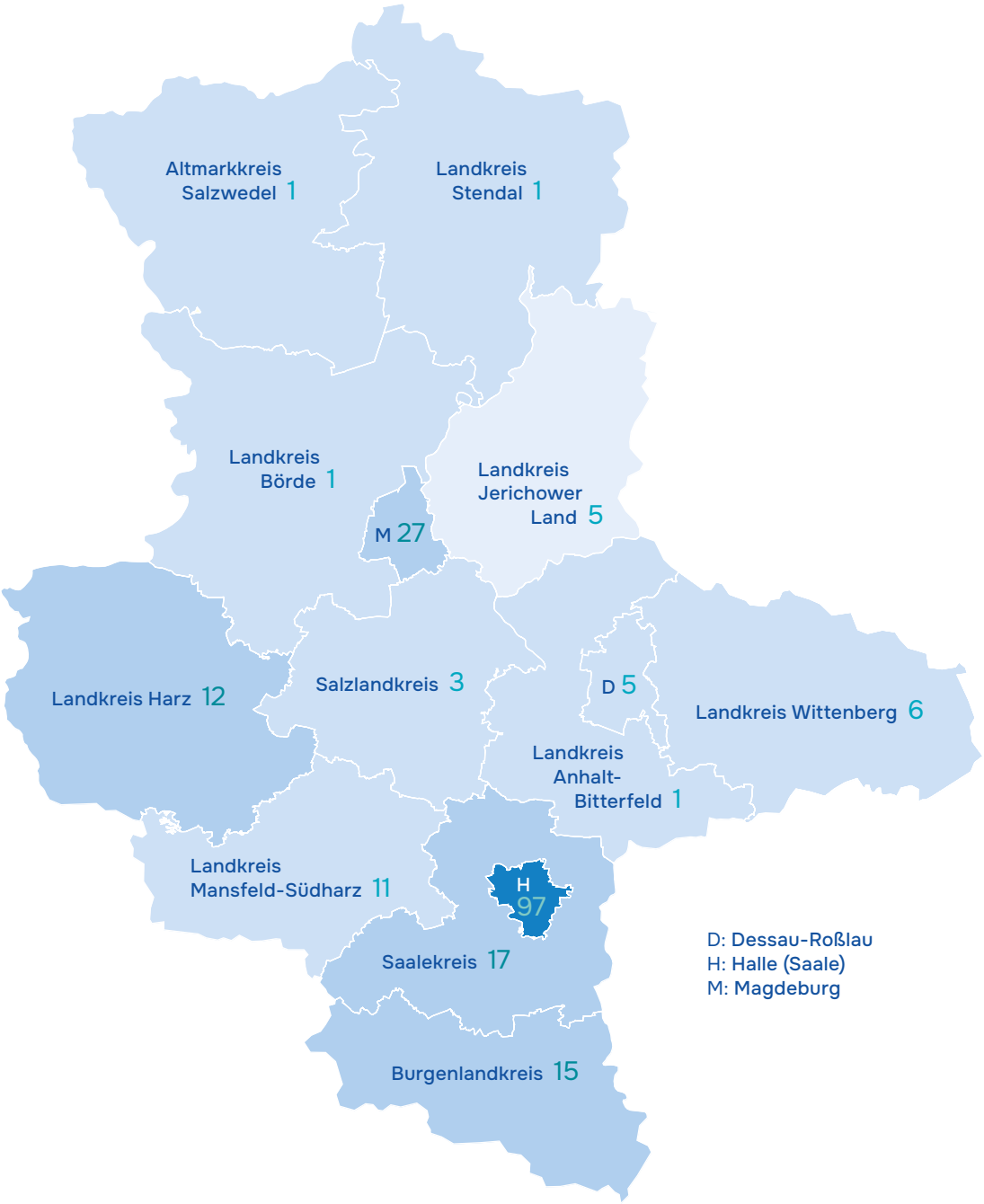
Zudem kam es zu acht antisemitischen Vorfällen im direkten Wohnumfeld von Betroffenen (2023: sechs Vorfälle). Gerade Vorfälle im Wohnumfeld betreffen mit der Privatsphäre und dem persönlichen Umfeld einen sensiblen Bereich und können sich dadurch für betroffene Personen und Angehörige besonders verunsichernd auswirken. Friedhöfe wurden dreimal zu Zielen von Antisemitismus. Zwei antisemitische Vorfälle gab es an bzw. in einer Synagoge, und ebenfalls zwei Vorfälle fanden am Arbeitsplatz der Betroffenen statt. Mit sechs Vorfällen in Fußballstadien war auch dieser Bereich auffälliger als im Vorjahr (2023 gab es nur einen erfassten Vorfall).

Die Verteilung der Tatorte zeigt erneut, dass Jüdinnen:Juden in allen Bereichen des alltäglichen Lebens mit Antisemitismus konfrontiert sein können. Ob es antisemitische Schmierereien im Stadtbild, antisemitische Sprüche am Arbeitsort oder Beschimpfungen durch Nachbar:innen sind – antisemitische Vorfälle ereignen sich ebenso im öffentlichen Raum wie im persönlichen Nahbereich. Diese Alltagspräsenz antisemitischer Sprache schafft ein Klima der Bedrohung und führt dazu, dass Jüdinnen:Juden zwischen der Sichtbarkeit der eigenen jüdischen Identität und ihrer Sicherheit abwägen müssen und die jüdische Identität möglicherweise verborgen wird.

Mit 39 Vorfällen nahm das dokumentierte Online-Vorfallgeschehen gegenüber 46 Vorfällen im Vorjahr leicht ab. Bei einem höheren Gesamtaufkommen im aktuellen Berichtszeitraum bedeutet das eine Verringerung des Anteils am Gesamtaufkommen von 25,8 % im Jahr 2023 auf 19,3 % im Jahr 2024.

Während adressierte antisemitische Kommentare in den Sozialen Netzwerken wie etwa Facebook von 19 Vorfällen im Jahr 2023 auf acht dokumentierte Vorfälle im Jahr 2024 sanken, dokumentierte RIAS Sachsen-Anhalt zugleich einen Anstieg von Massenzuschriften per E-Mail von zwei Vorfällen im Jahr 2023 auf 14 Vorfälle im Jahr 2024. Des Weiteren gab es erneut eine Serie von E-Mails an stets denselben Adressaten. Auffallend waren zudem antisemitische Einträge auf der Rezensionsseite von Google Maps zur Synagoge der Jüdischen Gemeinde Halle. In diesen Einträgen wurden mehrfach der Anschlag von Halle am 9. Oktober 2019 sowie der Attentäter glorifiziert. RIAS wertet solche antisemitischen Kommentare auf der Webpräsenz von jüdischen oder israelischen Einrichtungen auf Google Maps als eine direkte Adressierung und damit als einen Online-Vorfall.

Regionale Verteilung der dokumentierten Vorfälle



Grafik 7: Regionale Verteilung der antisemitischen Vorfälle im Jahr 2024 nach Landkreisen

In der regionalen Verteilung zeigt sich, dass mit 97 Vorfällen die meisten antisemitischen Vorfälle in Sachsen-Anhalt in der Stadt Halle (Saale) bekannt wurden. Das ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Von diesen Vorfällen fanden 27 online statt, wobei 14 Vorfälle auf eine Serie von Vorfällen im Onlinebereich entfallen, auf wiederkehrende Vorfälle mit denselben Adressat:innen, die alle in einem Bezug zu Halle (Saale) stehen. Das trifft auf weitere sieben Vorfälle zu, bei denen antisemitisch adressierte Kommentare auf einer Facebookseite für den Raum Halle (Saale) gepostet wurden. Eine vergleichbare Seite mit einem vergleichbaren Aufkommen von Kommentaren gibt es für andere Regionen oder Städte in Sachsen-Anhalt nicht.

Die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt befindet sich zudem weiterhin im Aufbau- und Vernetzungsprozess, sodass auch die regional unterschiedliche Vernetzung innerhalb des Bundeslandes eine wesentliche Rolle für das Bekanntwerden von antisemitischen Vorfällen spielt. So ist RIAS Sachsen-Anhalt an ihrem Sitz in Halle bereits besser vernetzt und bekannt als etwa in Magdeburg. Darüber hinaus weisen urbane Räume eine breitere und aktivere Zivilgesellschaft auf, mit einer größeren Bereitschaft, Vorfälle zu melden.

Auch das Versammlungsgeschehen prägt das Vorfallaufkommen in Halle. Es gibt dort mehrere Akteure und Gruppen des verschwörungsideologischen und des rechtsextremen Milieus, die – mitunter sogar zeitlich parallele – Kundgebungen und (Montags-)Demonstrationen organisierten, auf denen es zu antisemitischen Aussagen kam. In Magdeburg etwa ist die Frequenz an Veranstaltungen aus diesen Milieus geringer, auch ist die Dokumentation dieser Veranstaltungen dem (Online-)Monitoring durch RIAS nicht im selben Maße zugänglich wie in Halle.

Auch in der Gesamtzahl zeigt sich, dass aus den Großstädten des Bundeslandes deutlich mehr antisemitische Vorfälle bekannt wurden als aus dem kleinstädtischen und ländlichen Raum. So wurden in Städten mit über 50.000 Einwohnern 129 der 202 antisemitischen Vorfälle erfasst (2023: 117 von 178). Dagegen geschahen 73 der dokumentierten Vorfälle in Ortschaften unter 50.000 Einwohnern (2023: 61 Vorfälle), davon 16 in Orten unter 10.000 Einwohnern (2023: zwölf Vorfälle). Neben den bereits genannten Faktoren kommt hinzu, dass in den Großstädten Sachsen-Anhalts jüdische Einrichtungen und jüdisches Leben sichtbarer sind und somit als konkrete Ziele von Täter:innen wahrgenommen werden.

Aus dem geringeren Melde- und Dokumentationsaufkommen von Antisemitismus im kleinstädtischen und ländlichen Raum lässt sich somit noch kein geringeres Vorfallgeschehen ableiten. Eher muss aus den fallspezifischen Erfahrungen und aus den Ergebnissen der Autoritarismus- und Antisemitismusforschung[9] gefolgert werden, dass größere Teile des Aufkommens antisemitischer Vorfälle im kleinstädtischen und ländlichen Raum der RIAS-Meldestelle bisher nicht bekannt werden. Dieses Dunkelfeld gilt es stärker aufzuklären.

9 Beispielsweise: Decker, Oliver et al. (2023): Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern, S. 9, https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Policy%20Paper/2023_2_Policy%20Paper.pdf (abgerufen am 14.03.2025).

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

Die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt ordnet antisemitische Vorfälle einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zu (kurz: politischer Hintergrund), insofern sich dieser aus dem Vorfall selbst oder aus dem Kontext der Situation eindeutig bestimmen lässt. Es erfolgt keine automatische Zuordnung eines bestimmten politischen Hintergrunds allein aufgrund der antisemitischen Erscheinungsform eines Vorfalls; antisemitische Vorfälle mit einem Post-Shoah-Antisemitismus geschehen zum Beispiel nicht nur in rechtsextremen Milieus. Eine klare Einordnung des Tathintergrunds ist möglich, wenn zum Beispiel Meldende Angaben zur politisch-weltanschaulichen (Selbst-)Verortung der Täter:innen machen können oder diese sich anhand politischer Symbolik auf der Kleidung oder durch eindeutige Aussagen positionieren. Auch Symbole politischer Gruppierungen oder die feststellbare Zugehörigkeit zu solchen Gruppen ermöglichen eine Zuordnung.

VORFALL: rechtsextreme Schmierereien an einem Gedenkort

In Halberstadt wurden Ende Januar 2024 die »Steine der Erinnerung« beschmiert. Die Gedenksteine tragen Namen von Jüdinnen:Juden aus Halberstadt, die während des Nationalsozialismus deportiert worden sind. Ein Stein wurde mit »Hitler an die Macht!« und einem Hakenkreuz beschmiert, ein anderer Erinnerungsstein mit »Scheiß Juden« und einem Hakenkreuz. Auch wenn die Täter unbekannt sind, lassen die Inhalte der Schmierereien eindeutig einen rechtsextremen Hintergrund der Tat erkennen.

VORFALLART: **gezielte Sachbeschädigung** ERSCHEINUNGSFORM: **antisemitisches Othering, Post-Shoah-Antisemitismus**

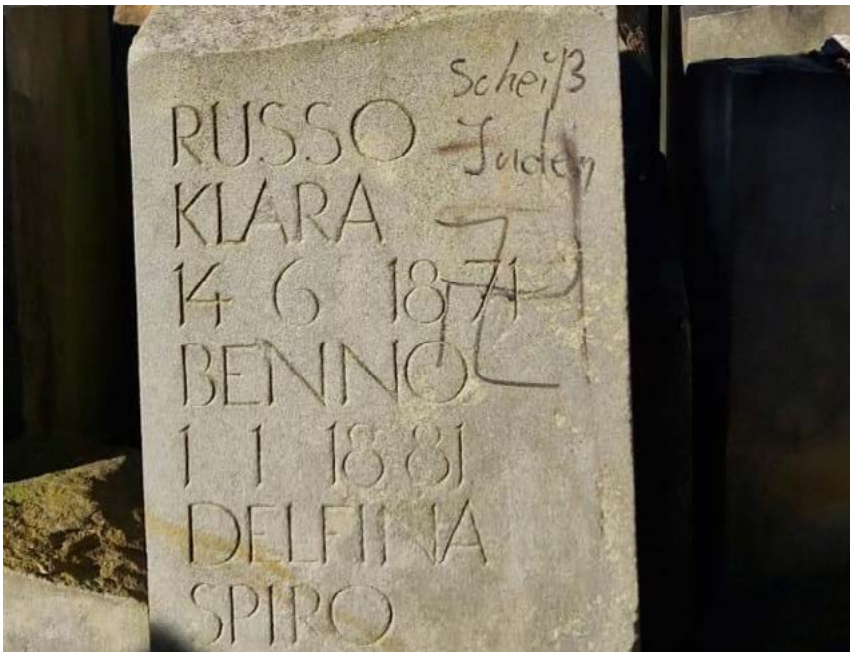
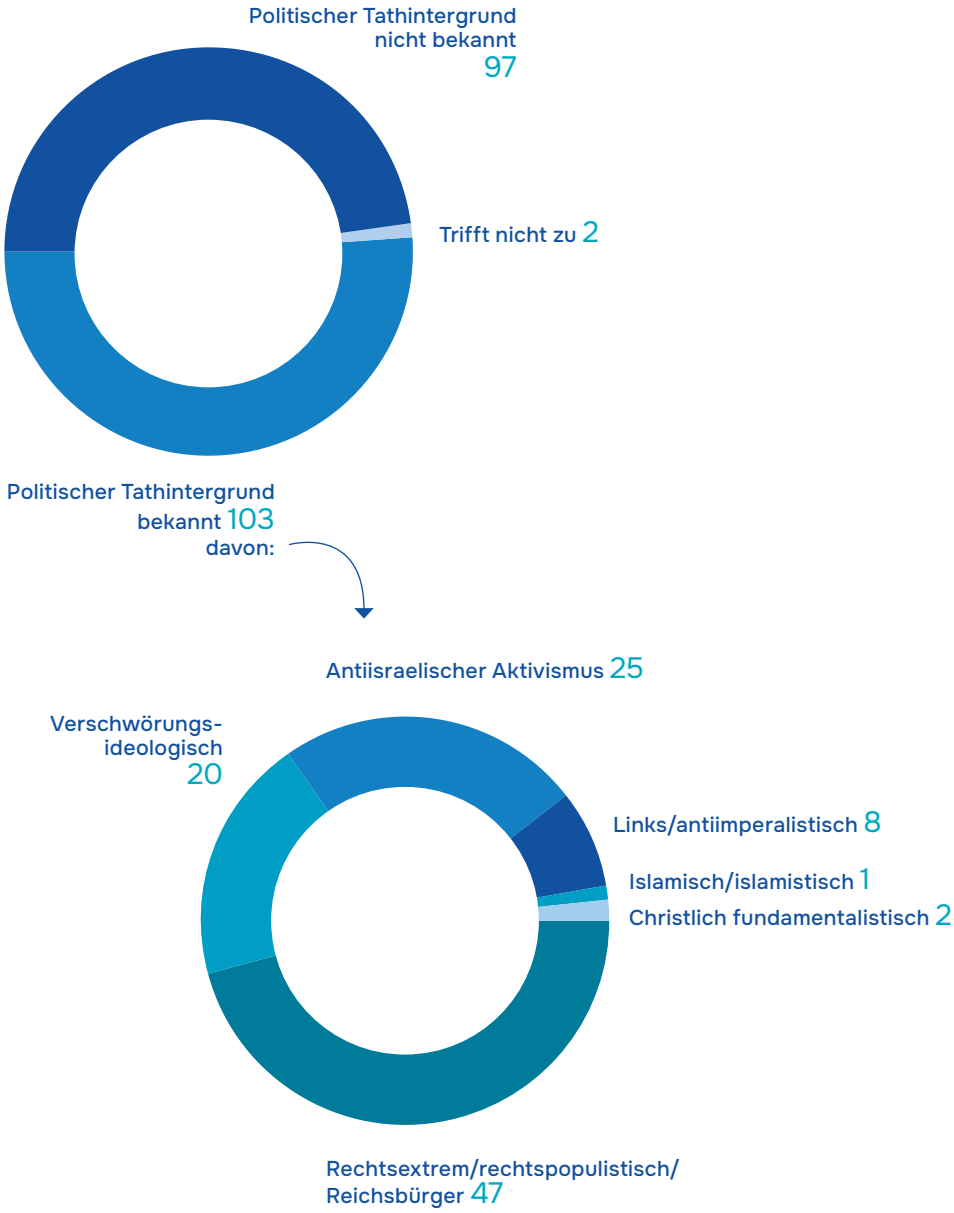


Abbildung 8: antisemitische Schmiererei an den Steinen der Erinnerung in Halberstadt

Konnte RIAS Sachsen-Anhalt im Vorjahr nur 64 von 178 Fällen (36,0 % des Gesamtaufkommens) einem eindeutigen politischen Hintergrund zuordnen, so sind es 2024 bereits 103 der 202 erfassten Vorfälle (51,0 %).



Grafik 8: Verteilung des politisch-weltanschaulichen Hintergrunds der antisemitischen Vorfälle 2024

Der Anstieg von Vorfällen mit erkennbarem politisch-weltanschaulichen Hintergrund betrifft vor allem den Rechtsextremismus. Hier stieg die Zahl von 17 erfassten Vorfällen im Jahr 2023 auf 47 erfasste Vorfälle im Jahr 2024. Damit stieg der Anteil von Vorfällen mit einem rechtsextremen Hintergrund am Gesamtaufkommen von 9,6 % auf 23,3 %. Der Anstieg erklärt sich unter anderem aus den der Meldestelle vermehrt bekannt gewordenen antisemitischen Schmierereien mit einem rechtsextremen Hintergrund (zwei Vorfälle 2023 gegenüber 17 Vorfällen 2024). Auch gab es mehr Vorfälle, in denen Antisemitismus mit eindeutig rechtsextremem Hintergrund gegenüber Betroffenen oder für Zeug:innen hörbar direkt geäußert wurde (»face to face«).

Des Weiteren haben sich im Jahr 2024 in Folge des Terrorangriffs der Hamas und ihrer Unterstützer:innen auf Israel am 7. Oktober 2023 und des darauffolgenden Handelns von Israel Gruppierungen des antiisraelischen Aktivismus im Bundesland etabliert. Konnten 2023 dieser Kategorie noch keine Vorfälle zugeordnet werden, waren es 2024 bereits 25 Vorfälle (12,4 % des Gesamtaufkommens). Eine Einordnung dieser Entwicklung erfolgt ab Seite 43.

Einem verschwörungsideologischen Tathintergrund konnten 2024 insgesamt 20 Vorfälle (2023: 26) zugeordnet werden. Diese Vorfälle betreffen vor allem verschwörungsideologische Versammlungen. Von solchen Versammlungen, wie etwa Kundgebungen, Demonstrationen oder »Spaziergänge« (Eigenbezeichnung der Akteure), wurden der RIAS-Meldestelle Redebeiträge bekannt, in denen zum Beispiel mit Bezug zur Corona-Pandemie oder zum Angriffskrieg auf die Ukraine Antisemitismus geäußert wurde.

Von den zuordenbaren Vorfällen hat somit ein Großteil einen verschwörungsideologischen oder rechtsextremen Hintergrund: zusammen 67 von 202 Vorfällen. Das sind 33,2 % des Gesamtaufkommens. Im Jahr 2023 waren es 43 von 178 Vorfällen, ein Anteil von 24,2 %. Wichtig ist zu betonen, dass diese politisch-weltanschaulichen Hintergründe keine gesellschaftlichen Randbereiche darstellen, auch wenn extremistisches Gedankengut eine Rolle spielt. So sind etwa rechtsextreme Ideologien oder verschwörungsideologische Weltanschauungen und ihre Akteure Teil der sogenannten Mehrheitsgesellschaft. Antisemitische Vorfälle mit solchen politischen Hintergründen finden in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens statt.

Dass zudem über die Hälfte der Vorfälle von Personen ausgehen oder in Kontexten geschehen ohne bestimmbaren politischen Hintergrund, verstärkt bei Jüdinnen:Juden die Wahrnehmung, dass sie in jeder Situation und in jedem Umfeld mit Antisemitismus konfrontiert werden können.

Täter:innen

Im Jahr 2024 konnten hinsichtlich der Täterschaft 80 Vorfälle Einzelpersonen zugeordnet werden. Im Jahr 2023 waren es noch 103 Vorfälle. Auffallend ist der Anstieg von Vorfällen, die durch Personengruppen begangen wurden. Wurden 2023 noch zehn Vorfälle mit einer Täter:innengruppe dokumentiert, waren es 2024 bereits 37 Vorfälle mit einer Täter:innengruppe. Dies erklärt sich unter anderem aus dem Anstieg an Vorfällen durch Gruppen des antiisraelischen Aktivismus. In 85 Vorfällen blieben die Anzahl der Täter:innen und ihre geschlechtliche Zuordnung unbekannt (2023: 65).

Soweit von Betroffenen oder Zeug:innen Beschreibungen zu Täter:innen gegeben werden konnten, handelte es sich überwiegend um männliche Einzelpersonen; dies war bei 60 von den insgesamt 202 Vorfällen der Fall (2023: 84 Einzelpersonen bei 178 Vorfällen). In zwölf Fällen sind Frauen als Einzelpersonen Täterinnen antisemitischer Vorfälle gewesen (2023: in 13 Vorfällen). Bei acht weiteren Einzelpersonen blieb das Geschlecht unbekannt (2023: in sechs Vorfällen).

Bei der Täterschaft durch Gruppen waren acht Gruppen rein männliche Tätergruppen, 14 Gruppen waren geschlechtlich gemischt, bei 16 Gruppen blieb die Zuordnung zum Geschlecht unbekannt oder es konnte keine Angabe gemacht werden. Weibliche Gruppen als Urheberinnen von Vorfällen gab es keine.

VORFALL: Tätergruppe im Fußballstadion

Während des U21-Fußballspiels zwischen Deutschland und Israel Ende März in Halle (Saale) fiel eine Gruppe deutscher Fans laut Zeugen mehrfach durch antisemitische Kommentare in Bezug auf die israelische Fußballmannschaft auf. Im Zuge eines Fouls eines deutschen Spielers an einem israelischen Spieler war von der Gruppe zu hören, »die Opferrolle können die am besten«. Wenig später sang die Gruppe »1933, 1933«.
Die Behauptung, dass Israelis bzw. Jüdinnen:Juden sich einer »Opferrolle« bedienen würden, ist eine verbreitete Figur im antisemitischen Othering. Außerdem wird damit in der Regel ein Bezug zur Shoah hergestellt und suggeriert, Jüdinnen:Juden würden eine »Opferrolle« zu ihren Vorteilen ausnutzen. Das Skandieren von »1933« vor den israelischen Fußballern war eine antisemitische Glorifizierung des Nationalsozialismus.

VORFALLART: **verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **antisemitisches Othering, Post-Shoah-Antisemitismus**

AUSGEWÄHLTE ASPEKTE DES VORFALL-GESCHEHENS 2024

Im Folgenden sollen einige wichtige Entwicklungen und Schwerpunkte des antisemitischen Vorfallgeschehens, das 2024 durch die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt dokumentiert wurde, näher beleuchtet werden. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass das Vorfallgeschehen, nachdem es mit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 und den weltweiten Folgeereignissen auch in Sachsen-Anhalt sprunghaft angestiegen ist, auch im Jahr 2024 konstant hoch geblieben ist. So wiesen 52 Vorfälle, 25,7% des Gesamtaufkommens, einen sachlichen Bezug zum 7. Oktober 2023 oder zu den damit verbundenen Folgeereignissen auf, etwa im Zuge antisemitischer Äußerungen auf antiisraelischen Demonstrationen.

Hierbei zeigte sich als weitgehend neues Phänomen im Bundesland ein **antiisraelischer Aktivismus.** Aktivistische, sich selbst als »pro-palästinensisch« verortende Gruppierungen äußerten sich in Rede und in Schriften

auf unterschiedlichen Veranstaltungen, vor allem im öffentlichen Raum, antisemitisch.

Kein neues Phänomen sind dagegen Vorfälle der **Erinnerungsabwehr.** Antisemitismus mit dem Motiv der Erinnerungsabwehr konnte bereits mit Beginn der kontinuierlichen Vorfalldokumentation von RIAS Sachsen-Anhalt im Juni 2022 immer wieder in unterschiedlichen Formen beobachtet werden. Die Erinnerungsabwehr und der Angriff auf das Erinnern an die Shoah gehören zu den Elementen des Post-Shoah-Antisemitismus und sind eine der häufigsten Erscheinungsformen des Antisemitismus in Deutschland. Betroffen sind immer wieder sowohl Gedenkorte als auch Gedenkveranstaltungen, auch in Sachsen-Anhalt im Berichtszeitraum. Auffällig waren im Jahr 2024 zahlreiche Diebstähle sowie massive Beschädigungen von Stolpersteinen an oder in zeitlicher Nähe zu bestimmten Gedenktagen.

Antiisraelischer Aktivismus

Eine einschneidende Entwicklung im vergangenen Jahr war die Etablierung von aktivistischen Gruppierungen, vor allem in Halle und Magdeburg, die RIAS Sachsen-Anhalt dem antiisraelischen Aktivismus zurechnet.

Die RIAS-Meldestellen fassen unter antiisraelischem Aktivismus »politische Auffassungen und Handlungen, Personen oder Gruppen, bei denen die israelfeindliche Motivation eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu überwiegt«.

Auch wenn diese Personen und Gruppen sich häufig selbst im linken oder linkspolitischen aktivistischen Spektrum verorten, ist doch eine monothematische Fokussierung auf propagandistische oder aktivistische Handlungen zu beobachten, die in einer feindlichen, oft dämonisierenden und delegitimierenden Weise gegen den Staat Israel gerichtet sind. Oft sind solche Personen und Gruppen Teil größerer Netzwerke, verorten sich zumindest ideell selbst darin und beziehen sich in ihrer thematischen Ausrichtung wesentlich auf solche Netzwerke, Bewegungen und deren Ideologien. Beispielhaft hierfür stehen Gruppen, Netzwerke und Kampagnen der aus medialen Debatten bekannten internationalen »BDS-Bewegung« (so die Eigenbezeichnung). »BDS« steht für Boykott, Deinvestition und Sanktion, womit das politische Mittel umrissen wird, den Staat Israel vor allem in den Bereichen Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft zu boykottieren. Bereits die in den Zielen von »BDS« aufgestellten Behauptungen über Israel sind als antisemitisch zu bewerten.[10] Auch Akteure, die sich selbst in dieser »Bewegung« verorten,

10 So laufen zwei der drei Hauptforderungen von »BDS« auf eine Abschaffung Israels als jüdischer Staat hinaus; vgl. Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (2024), S. 36 ff. .

fallen immer wieder durch zumeist israelbezogenen Antisemitismus, durch eine Dämonisierung und Delegitimierung Israels, aber auch durch Aussagen einer antisemitischen Täter-Opfer-Umkehr auf (Post-Shoah-Antisemitismus), etwa wenn Israel unterstellt wird, wie die Nationalsozialisten zu handeln.

In Folge des Terrorangriffs der Hamas und ihrer Unterstützer auf Israel am 7. Oktober 2023 sowie der militärischen Reaktion Israels auf diesen Terrorangriff traten auch in Sachsen-Anhalt neue Gruppen in Erscheinung, die sich als »pro-palästinensische« Protestbewegung begreifen. Neben der Etablierung dieser neuen Gruppen wurden auch bereits bestehende Strukturen verstärkt aktiv. Außerdem existieren Überschneidungen und ideologische Gemeinsamkeiten mit bestehenden Gruppierungen des linken, sich als »antiimperialistisch« begreifenden Milieus, deren politische Aktivitäten sich in großen Teilen gegen Israel richten. Diese Gruppen organisieren sich vor allem an den Hochschulen im Bundesland. Wie im gesamten Bundesgebiet trägt auch in Sachsen-Anhalt die Zunahme israelfeindlicher Aktivitäten und antisemitischer Vorfälle an solchen Bildungseinrichtungen dazu bei, dass sich jüdische Studierende zunehmend verunsichert fühlen.[11]

»Students for Palestine«

Waren die ersten sporadischen Aktivitäten nach dem 7. Oktober 2023 bis zum Jahresende 2023 in der politischen Verortung eher diffus, sodass sie sich noch keinem bestimmten politisch-weltanschaulichen Hintergrund eindeutig zuordnen ließen, traten die Akteure ab 2024 deutlich als antiisraelischer Aktivismus – auch durch eine inhaltliche Radikalisierung – hervor. So dokumentierte RIAS Sachsen-Anhalt im Laufe des Jahres 25 Vorfälle mit einem eindeutigen Bezug zum antiisraelischen Aktivismus.[12]

Zu den Beteiligten an solchen antiisraelischen Aktivitäten gehört unter anderem die Gruppe »Students for Palestine Halle«. Unter dem Label »Students for Palestine« entstanden nach dem 7. Oktober 2023 an vielen deutschen Hochschulstandorten Gruppierungen des antiisraelischen Aktivismus. »Students for Palestine Halle« wird, so die Beobachtung von RIAS Sachsen-Anhalt, durch Gruppierungen des Leipziger antiisraelischen Aktivismus, etwa die Gruppe »Handala«,[13] unterstützt. Die Mitglieder rekrutieren sich vor allem aus der Studierendenschaft beider Hochschulen

11 So gibt z.B. der Lagebericht »Antisemitismus an deutschen Hochschulen«, herausgegeben durch das American Jewish Committee Berlin, die Erfahrungen jüdischer Studierender und jüdischer Hochschullehrender wieder: AJC Berlin, Lawrence and Lee Ramer Institute for German-Jewish Relations (2025) (Hg:): Lagebericht. Antisemitismus an deutschen Hochschulen, https://ajcgermany.org/system/files/document/Lagebericht_digital.pdf (abgerufen am 23.04.2025).

12 Mindestens sechs weitere Vorfälle, darunter zwei Bedrohungen, fanden im Rahmen der Veranstaltungen des antiisraelischen Aktivismus statt. Sie konnten aber keinem politischen Hintergrund eindeutig zugeordnet werden; gleichwohl waren es die Aktivitäten des antiisraelischen Aktivismus, die den Täter:innen als Anlass zu antisemitischen Handlungen dienten.

13 »Handala« beschreibt sich selbst als antikoloniale Gruppe aus »Palästinenser:innen in der Diaspora und Palästinasolidarische«. Die Gruppierung fällt immer wieder durch antisemitische Aussagen und israelfeindliche Propaganda auf.

in Halle und wirken in die Stadtgesellschaft von Halle hinein. Die Gruppe organisierte im Laufe des Jahres 2024 in Halle neben Vortrags- und Filmveranstaltungen mehrere gegen Israel gerichtete Demonstrationen, Kundgebungen und öffentliche Infotische. Auf diesen Demonstrationen und Kundgebungen wurde immer wieder in Redebeiträgen, auf mitgeführten Schildern und durch das Rufen von Parolen unter anderem israelbezogener Antisemitismus verbreitet. Außerdem wurden auf diesen Veranstaltungen Flyer und Broschüren verteilt, die antisemitische Aussagen enthielten. Zudem nutzt die Gruppe öffentliche Veranstaltungen Dritter als Plattformen, um zum Beispiel ihre Flyer und Broschüren zu verteilen, so auch im Juli auf der Jahresausstellung der Kunsthochschule Burg Giebichenstein. Laut Zeug:innen kam es auf dem Campus zu einer regelrechten Raumnahme durch Mitglieder und Unterstützer:innen von »Students for Palestine Halle«, die martialisch auftraten, antiisraelische Symbole zeigten und die Flure der Hochschulgebäude mit Plakaten beklebten. Es kam auch zu einer Gewalttat im Rahmen einer politischen Auseinandersetzung, bei der eine Person, die sich proisraelisch positioniert, durch Schläge und mit einem Würgegriff verletzt wurde.

Ein Beispiel für Aktionen der Gruppe im Stadtgebiet von Halle ist die Demonstration am 30. Mai 2024 mit dem Titel »We won't be silenced. Palästina Solidarität – Students for Palestine Halle« mit mehreren hundert Teilnehmer:innen. Organisiert und durchgeführt wurde die Demonstration von »Students for Palestine Halle« unter anderem gemeinsam mit der Leipziger Gruppe »Handala«. Auf dieser Demonstration gab es eine Vielzahl von antisemitischen Äußerungen.

Im Redebeitrag von »Students for Palestine Halle« kam es unter anderem zum Ausruf »From the river to the sea, Palestine will be free«. Hinter dieser Parole steht die Vorstellung eines Staates »Palästina« im gesamten Gebiet zwischen dem Jordan (»river«) und dem Mittelmeer (»sea«). Der Staat Israel würde demnach nicht mehr existieren. Dadurch wird dem jüdischen Staat in antisemitischer Weise das Existenzrecht abgesprochen. Diese Parole wurde auch durch die Demonstrationsteilnehmer mehrfach lautstark skandiert. In weiteren Redebeiträgen der veranstaltenden und der teilnehmenden Gruppen sowie in verteilten Flyern war mehrfach von der »Apartheid Israels« und vom »Apartheidstaat Israel« die Rede. In solchen Behauptungen wird der Staat Israel vor allem mit dem ehemaligen südafrikanischen Apartheidregime gleichgesetzt, um ihn als rassistisches Gebilde zu dämonisieren und delegitimieren und ihm letztlich sein Existenzrecht abzusprechen.[14] Eine antisemitische Dämonisierung erfolgte zudem, indem über die Lautsprecheranlage der Veranstalter mehrfach behauptet wurde, Israel sei ein »Kindermörder«. In dieser Parole verbinden sich israelbezogener Antisemitismus

14 Vgl. Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (2024), S. 19 ff.

mit Elementen des antijudaistischen Antisemitismus. Die religiös begründete antisemitische Aussage, die sich auf bereits jahrhundertealte antijüdische Vorstellungen von rituellen Kindstötungen durch Jüdinnen:Juden bezieht, wird Israel im Zuge jeder militärischen Auseinandersetzung regelmäßig vorgeworfen. Daneben wurde laut verschiedener Meldungen mehrfach von einzelnen Teilnehmer:innen und ganzen Personengruppen auf Arabisch »Scheiß Juden« gerufen. Mehrfach kam es auch kollektiv zum Skandieren von »Intifada« und »Intifada bis zum Sieg«, also der Forderung nach terroristischen Aktivitäten gegen den Staat Israel und seine Zivilbevölkerung. Das Rufen solcher Parolen wurde von den Demonstrationsanmelder:innen und den Ordner:innen nicht unterbunden.
Von den Demonstrationsteilnehmer:innen kam es auf der Demonstration sowie im Umfeld zu mehrfachen Gewaltandrohungen in Verbindung mit antisemitischen und sexistischen Beleidigungen gegen Gegendemonstranten und Unbeteiligte. So wurden Personen unter anderem mehrfach als »Scheiß Juden« beschimpft, ihnen wurde gedroht, man würde »sie kriegen«, und teilweise mussten einzelne Demonstrationsteilnehmer:innen durch Umstehende davon abgehalten werden, diese Gewaltandrohungen in die Tat umzusetzen. Diese Sachverhalte wurden RIAS Sachsen-Anhalt sowohl durch eigene Beobachtungen als auch durch Meldungen bekannt.

Auch auf Demonstrationen und Kundgebungen am 5. Juli 2024, am 13. September 2024 und am 19. Oktober 2024 wurden jeweils in Halle in Redebeiträgen, in Flyern und auf Schildern die Apartheidvorwürfe gegen Israel und die Parole »From the river to the sea, Palestine will be free« wiederholt. So führte »Students for Palestine Halle« am 13. September eine »Vorabenddemo« unter dem Motto »No Pride in Genocide« zum Hallenser Christopher Street Day durch. Auf dieser Demonstration gab es unter anderem ein Fronttransparent mit der Parole »No Pride in Apartheid. LGBTI+ for Palestine«, was den oben beschriebenen Apartheidvorwurf formuliert.

Auch in Magdeburg entstand im Laufe des Jahres 2024 eine Gruppe »Students for Palestine Magdeburg«. Die Gruppe beteiligte sich, so die Ergebnisse des Monitorings, an vielen gegen Israel gerichtete Aktionen und Aktivitäten des Magdeburger linken/antiimperialistischen Milieus, auf denen es auch immer wieder zu antisemitischen Aussagen und Handlungen kam (siehe unten).

Daneben gibt es die Gruppe »Palästina Solidarität Magdeburg«. Mitglieder dieser Gruppe störten am 11. November in Magdeburg eine öffentliche Buchlesung einer bekannten jüdischen Autorin. Auf Transparenten und in gerufenen Parolen bezeichneten sie die Autorin unter anderem als »Kindermörderin« und als »Genozid-Leugnerin«. Dieser Vorfall ist ein Beispiel dafür, wie Jüdinnen:Juden immer wieder in eine Position gedrängt werden, in der sie sich für das Handeln des Staates Israel rechtfertigen müssen oder gar für dafür verantwortlich gemacht werden.

»Faktencheck Palästina«

»Students for Palestine Halle« führte nicht nur immer wieder zusammen mit der Gruppe »Handala« aus Leipzig Veranstaltungen in Halle durch, sondern teilte auch deren israelfeindliche, antisemitische, mitunter den Terror vom 7. Oktober 2023 und die Hamas glorifizierende Inhalte. So wurde im Jahr 2024 durch »Students for Palestine Halle« auf mindestens zwei Demonstrationen und an mindestens drei Infoständen im Stadtgebiet Halle der Flyer »Faktencheck Palästina« der Gruppe »Handala« verteilt. Der umfangreiche Text des als Leporello gestalteten Flyers enthält zentrale antisemitische, vor allem Israel dämonisierende sowie delegitimierende Behauptungen und Narrative des antiisraelischen Aktivismus. Alle Zitate im folgenden Abschnitt stammen aus dem Flyertext.

Abbildung 9: Flyer »Faktencheck Palästina«

Die vermeintlichen Fakten enthalten unbelegte Behauptungen und weisen verschiedene antisemitische Erscheinungsformen auf. So wird etwa behauptet, dass die Hamas die Geiseln des 7. Oktober 2023 »gut behandeln« würde, während Israel »tausende palästinensische Geiseln in Foltergefängnissen oder in Konzentrationslagern in der Wüste« festhalte. Die Unterstellung, Israel würde Konzentrationslager betreiben, verharmlost und relativiert die Shoah durch die gezielte begriffliche Gleichsetzung des israelischen Sicherheitshandelns mit den NS-Verbrechen in den deutschen Konzentrationslagern und stellt eine antisemitische Täter-Opfer-Umkehr dar. Eine weitere Täter-Opfer-Umkehr findet im Text statt, indem der Terror vom 7. Oktober 2023 als »palästinensischer Widerstand« bezeichnet und mit dem Aufstand im Warschauer Ghetto im April 1943 verglichen wird; dadurch wird suggeriert, Israel würde sich wie das nationalsozialistische

Deutschland verhalten.[15] Auch wird Menschen, »die heute an der Seite Israels stehen«, unterstellt, es seien »diejenigen, die in den 30er-Jahren ihre jüdischen Nachbarn an die Gestapo verraten hätten«. Es ist auffällig, wie häufig im Text Gleichsetzungen Israels mit dem Nationalsozialismus und Bezüge auf die nationalsozialistischen Verbrechen als rhetorisches und moralisierendes Mittel verwendet werden, um in einem Opfer-Narrativ unter anderem den Terror vom 7. Oktober 2023 als angeblichen Widerstand zu legitimieren.

Neben solchem Post-Shoah-Antisemitismus finden sich im Text auch die Narrative des israelbezogenen Antisemitismus, so etwa die Behauptung, Israel sei ein »Apartheidstaat« und eine »europäische Siedlerkolonie«. An anderer Stelle wird Israel gleich gänzlich das Existenzrecht abgesprochen.

Hinsichtlich der Verbrechen des Terrorangriffs auf Israel durch die Hamas und ihre Unterstützer:innen am 7. Oktober 2023 wird eine Täter-Opfer-Umkehr mit verschwörungsideologischen Erzählungen verbunden. So seien die Berichte über die Verbrechen am 7. Oktober 2023, vor allem die Gewalt gegen israelische Kinder und die sexuelle Gewalt gegen israelische Mädchen und Frauen, »von der Besatzungsmacht erlogen«. Obwohl die Täter am 7. Oktober 2023 ihre Verbrechen selbst filmten und ins Internet stellten, wird behauptet, es gäbe keine Beweise, ja diese seien »erwiesenermaßen fingiert«. Dagegen werden Israel und der israelischen Armee ebenjene Verbrechen unterstellt, die im Fall des Massakers am 7. Oktober 2023 geleugnet werden.

Der Flyer ist kein faktenbasierter Beitrag zur Auseinandersetzung um den sogenannten Nahostkonflikt und zur Situation in Gaza, stattdessen werden antisemitische Inhalte verbreitet.

Verknüpfungen mit dem linken/antiimperialistischen Milieu

RIAS-Meldestellen unterscheiden den antiisraelischen Aktivismus von einem linken/antiimperialistischen politisch-weltanschaulichen Hintergrund, da antiisraelischer Aktivismus auch in rechten und in islamistischen Milieus existiert. Auch der monothematische Fokus auf den israelisch-palästinensischen Konflikt unterscheidet den antiisraelischen Aktivismus vom linken/antiimperialistischen Milieu, wo es immer wieder auch zu antisemitischen Vorfällen ohne Bezug zu Israel kommt. Es gibt bundesweit aber oft eine aktivistische Zusammenarbeit von Gruppierungen des linken/antiimperialistischen Spektrums mit Gruppen des antiisraelischen Aktivismus.

In Magdeburg gibt es seit vielen Jahren linke/antiimperialistische Gruppen, die in unterschiedlicher Weise immer wieder mit israelfeindlichen und antisemitischen Äußerungen und Aktionen auffallen. So versammelte

15 Konkret heißt es: »Diejenigen, die heute den palästinensischen Widerstand als terroristisch bezeichnen, sind diejenigen, die damals vom Aufstand des Warschauer Ghettos als terroristisch gesprochen hätten.«

sich zum Beispiel im Februar 2024 eine Gruppe aus dem linken/antiimperialistischen Milieu auf einer Straße in Magdeburg für die Aufnahme eines Mobilisierungsvideos für eine Demonstration. Ein Sprecher im Vordergrund behauptete einen Zusammenhang zwischen dem Anschlag von Hanau und dem »Völkermord in Palästina«. Die »Ursache« sei für beides »der Rassismus von weißen Europäern«. Im Hintergrund hält ein anderer Teilnehmer eine Art kleinen Wandteppich in die Kamera. Darauf ist die Karte des Nahen Osten dargestellt, auf der Israel symbolisch ausgelöscht ist (Israel ist mit dem Grün der palästinensischen Flagge überzogen). Außerdem skandieren die Teilnehmer am Ende lautstark »From the river to the sea, Palestine will be free«.

Auf Demonstrationen kam es in Magdeburg immer wieder zu Zusammenschlüssen des antiisraelischen Aktivismus mit linken/antiimperialistischen Gruppen, zum Beispiel am sogenannten Nakba-Tag[16] am 15. Mai 2024 bei einer Kundgebung und zwei Tage später bei einer Demonstration. Häufig dienen Veranstaltungen, die aus dem linken/antiimperialistischen Spektrum heraus organisiert und durchgeführt werden, als Plattform für antiisraelischen Aktivismus. Nicht selten haben diese Veranstaltungen einen primär anderen thematischen Fokus, wie zum Beispiel das Gedenken an die Opfer des Terroranschlags von Hanau.

Ein zentrales Medium des Magdeburger linken/antiimperialistischen Spektrums sind die Internetpräsenzen des »Redmedia Kollektivs«. Hier wurden in hoher Frequenz israelfeindliche Inhalte geteilt,[17] Demonstrationen beworben, und es wurde über Veranstaltungen des lokalen antiisraelischen Aktivismus berichtet, so etwa über Infotische der Gruppe »Palästina Solidarität Magdeburg« im August im Magdeburger Stadtpark oder im Dezember in der Nähe des Magdeburger Weihnachtsmarktes, auf denen nach eigener Aussage unter anderem die bereits beschriebene »BDS-Kampagne« mit Broschüren beworben wurde.

Daneben kam es in Magdeburg auch zur gezielten Einschüchterung von Personen, die sich öffentlich gegen Antisemitismus engagieren und sich öffentlich pro-israelisch positionieren. So wurde im Juli das Wohnhaus einer solchen Person gezielt mit pro-palästinensischen Parolen und den roten Hamas-Dreiecken beschmiert. Angelehnt an die Praxis der Hamas, in Propagandavideos die Ziele ihrer Angriffe virtuell mit einem roten Dreieck zu versehen, wird das Dreieck im israelfeindlichen Milieu als Symbol der Markierung und Bedrohung von Personen und Gruppen verwendet, die sich pro-israelisch positionieren.

16 Der Nakba-Tag ist der Gedenktag an die teils freiwillige, teils erzwungene Flucht (bzw. Vertreibung) von Hunderttausenden Araber:innen während des israelischen Unabhängigkeitskrieges. Der Tag firmiert als ein pro-palästinensischer Aktionstag, der jährlich auch in Deutschland in mehreren Städten mit Demonstrationen und Events begangen wird. Im Zuge dessen sind regelmäßig Delegitimierungen Israels und weitere antisemitische Vorkommnisse zu beobachten.

17 In solchen Onlinebeiträgen wird Israel zum Beispiel immer wieder als Apartheidstaat bezeichnet. Solche antisemitischen Online-Inhalte erfasst RIAS nur, wenn diese eine Adressierung aufweisen.

Auch in Halle gab es im Berichtszeitraum verstärkt ein Zusammenwirken von linken/antiimperialistischen Gruppen mit dem antiisraelischen Aktivismus. Mit der Gründung des »Solidaritätsnetzwerks Halle (Saale)« zu Beginn des Jahres 2024 hat sich in Halle, parallel zur lokalen Etablierung des antiisraelischen Aktivismus, auch ein linkes/antiimperialistisches Spektrum etabliert, das in seinen Aktivitäten immer wieder mit israelfeindlichen und antisemitischen Positionen aufgefallen ist.

Das »Solidaritätsnetzwerk« ist laut Eigenbeschreibung ein bundesweiter »Zusammenschluss verschiedener Teile der Arbeiter:innenklasse« mit Ortsgruppen in verschiedenen Städten. Als Teil der »FKO« (»Föderation Klassenkämpferischer Organisationen«) bedient es sich der Sprache und der marxistischen Versatzstücke des antiimperialistischen Milieus. Thematisch geht es diesen Gruppen um »Antikapitalismus« und »Klassenkampf«, aber auch um Stadtteilpolitik und Wohnungsproblematiken.[18] Das »Solidaritätsnetzwerk Halle (Saale)« beteiligte sich allerdings personell und organisatorisch immer wieder an den Veranstaltungen und Aktionen von »Students for Palestine Halle« und verbreitet selbst regelmäßig antisemitische Inhalte.

Am 30. April 2024 organisierte das »Solidaritätsnetzwerk Halle (Saale)« eine Demonstration unter dem Motto »Gegen Armut, Krieg und Krise – im Stadtteil organisieren!« (Die Inhalte der Redebeiträge und der gerufenen Slogans bestanden allerdings zum großen Teil nur aus israelfeindlichen Parolen.). An dieser Demonstration nahmen auch Mitglieder von »Students for Palestine Halle« und Akteure des Leipziger antiisraelischen Aktivismus teil sowie andere Akteure des linken/antiimperialistischen Spektrums, zum Beispiel die Gruppierung »Young Struggle« – der Jugendorganisationen der türkischen »Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei« (»MLKP«). Auf der Demonstration wurden Flyer verteilt, die Israel als »Apartheidregime« dämonisierten, Teilnehmer riefen unbehelligt von der Demonstrationsleitung antisemitische und terrorverherrlichende Parolen wie »From the river to the sea, Palestine will be free«, »Intifada Revolution« und »There is only one solution, Intifada Revolution«. Auf dem Rückweg zum Halleschen Hauptbahnhof wurden aus der Demonstration heraus Gegendemonstranten unter anderem als »Scheiß Juden« beschimpft und bedroht.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass seit dem 7. Oktober 2023 und vor allem im Verlauf des Jahres 2024 in Sachsen-Anhalt Strukturen des antiisraelischen Aktivismus entstanden sind, die gemeinsam mit Gruppierungen des linken/antiimperialistischen Spektrums vor allem israelbezogenen Antisemitismus und Post-Shoah-Antisemitismus in den öffentlichen Raum tragen. Hierbei zeigte sich immer wieder auf und im Umfeld der Veranstaltungen, dass es für Jüdinnen:Juden und Menschen, die sich mit ihnen oder

18 https://soli-net.de/ueber-uns/ (abgerufen am 13.03.2025).

mit dem Staat Israel solidarisch erklären, durch die Akteure des antiisraelischen Aktivismus und die mobilisierten Teilnehmer:innen zu diskriminierenden und bedrohlichen Situationen kommt.

Aggressive Erinnerungsabwehr – Anstieg von Post-Shoah-Antisemitismus

Kontinuitäten in Sachsen-Anhalt

In 87 der insgesamt 202 Vorfälle im Berichtszeitraum zeigten sich Elemente des Post-Shoah-Antisemitismus; er ist somit die am häufigsten dokumentierte Erscheinungsform des Antisemitismus in Sachsen-Anhalt. Im Vergleich zum Jahr 2023 haben sich die Vorfälle in dieser Kategorie verdoppelt.

In diese Form des Antisemitismus fallen Schuldabwehr und der Angriff auf die Erinnerung an die Shoah, die Täter-Opfer-Umkehr, aber auch die Leugnung der Shoah. Diese Erscheinungsform wird auch als sekundärer Antisemitismus bezeichnet. Er stellt eine Reihe von Ideologemen dar, die sich: 1. nach der Shoah aktualisiert und an neue gesellschaftliche Bedingungen angepasst haben, 2. darauf abzielen, die politischen und kulturellen Folgen der Aufarbeitung der Shoah auf antisemitische Weise zu neutralisieren sowie 3. dazu dienen, psychologische Ambivalenzen zu kaschieren, die aus einer gescheiterten (individuellen) Aufarbeitung der NS-Vergangenheit resultieren. Im gesamten Bundesgebiet ist die Anzahl der gemeldeten Vorfälle in diesem Phänomenbereich, der oft einen rechtsextremen Hintergrund hat, seit Jahren konstant hoch. In den Vorfällen, die RIAS Sachsen-Anhalt 2024 bekannt wurden, spielte häufig eine Nähe zu Symbolik und Sprache des NS eine Rolle.

Verbreitung expliziter Gewaltfantasien

54 der 87 Vorfälle mit der Erscheinungsform des Post-Shoah-Antisemitismus sind Vorfälle des verletzenden Verhaltens. Dieses verletzende Verhalten umfasst ausdrücklich nicht physische Angriffe, Bedrohungen, Sachbeschädigungen oder gar extreme Gewalt. In der Kategorie verletzendes Verhalten werden Vorfälle dokumentiert, die zwar unter der Schwelle der physischen Gewalt oder der Gewaltandrohung liegen, die aber explizite und zum Teil extreme Gewaltfantasien vermitteln. Insbesondere fallen darunter Schmierereien im öffentlichen Raum, antisemitische Sticker oder verbale Beleidigungen. Dabei werden oft Vernichtungsfantasien geäußert, etwa die Forderung, Jüdinnen:Juden zu »vergasen«.

VORFALL: antisemitische und rassistische Rufe in einem Wohnhaus

In einem Hausflur in Magdeburg waren Rufe zu hören, dass »alle Juden und Ausländer vergast« werden sollten.

VORFALLART: **verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **Post-Shoah-Antisemitismus**

VORFALL: Antisemitismus in der Schule

Ein:e Schüler:in sagte über eine Lehrerin: »[Name der Lehrkraft] gehört in die Gaskammer!«

VORFALLART: **verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **Post-Shoah-Antisemitismus**

Erinnerungsabwehr im Jahr 2024. Stolpersteindiebstähle in Sachsen-Anhalt

Eine häufige Form der Erinnerungsabwehr im Sinne des Post-Shoah-Antisemitismus sind gezielte Sachbeschädigungen, etwa an Gedenkorten und Gedenkstätten. Im Berichtszeitraum war in 18 der 22 dokumentierten Vorfälle gezielter Sachbeschädigung das Motiv Erinnerungsabwehr.

Auffällig ist eine Serie von Beschädigungen und Diebstählen von Stolpersteinen: Innerhalb von etwa einem Monat wurden in vier verschiedenen Orten in Sachsen-Anhalt insgesamt 18 Stolpersteine gestohlen oder beschädigt. Im Vorjahr gab es keinen Vorfall dieser Art. Auffällig war auch der Zeitraum der Angriffe: Die Serie fand zeitgleich mit drei wichtigen Gedenktagen statt. In Zeitz wurden rund um den ersten Jahrestag der Massaker des 7. Oktober 2023 an fünf verschiedenen Adressen alle Stolpersteine der Stadt gestohlen. In Halle wurden fünf Stolpersteine in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum fünfjährigen Gedenken an den antisemitischen und rassistischen Anschlag von Halle und Wiedersdorf gestohlen (in der Presse wurde der Vorfall erst viel später bekannt). Kurz darauf, am 2. November, wurden zwei Stolpersteine in Oschersleben gestohlen. Wiederum kurz nach dem 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, kam es erneut zu einem solchen Vorfall, diesmal in Weißenfels.

Die Sachbeschädigung und der Diebstahl von Stolpersteinen sind ein Angriff auf die Erinnerung an individuelle Jüdinnen:Juden; der Zeitraum dieser Angriffe war zudem offenbar so gewählt, dass sie die öffentliche Erinnerung an den antisemitischen Terror des NS und die Shoah zur Störung nutzen können.

Fünf Jahre nach Halle

Am 9. Oktober 2019 hatte ein Attentäter versucht, an Yom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, die Synagoge in Halle zu stürmen und die Menschen, die sich dort zusammenfanden, zu ermorden. Nachdem der Versuch scheiterte, erschoss er Kevin Schwarze und Jana Lange, bei seiner Flucht wurde ein Ehepaar in Wiedersdorf schwer verletzt. Fünf Jahre später werden RIAS Sachsen-Anhalt noch immer Vorfälle gemeldet, die auf die Störung der Erinnerung an die Opfer des Terrors vom 9. Oktober 2019 abzielen.

VORFALL: Hakenkreuzschmierereien

Am 9. Oktober 2024 wurden vier Hakenkreuze in unmittelbarer Nähe zum TEKİEZ — Raum der Erinnerung und Solidarität[19] geschmiert: an einem Aufsteller zum Gedenken an das Attentat (siehe Foto, aufgestellt durch die Stadt Halle: Rote Bücher mit Zitaten aus der Stadtgesellschaft), auf einem Müllcontainer neben dem TEKİEZ, an einem Straßenschild vor dem TEKİEZ und an einer Haustür am Nebengebäude.

VORFALLART: **gezielte Sachbeschädigung** ERSCHEINUNGSFORM: **Post-Shoah-Antisemitismus**

Abbildung 10: Angriff auf die Erinnerung an den Anschlag von Halle am 9. Oktober 2019

19 Dort befand sich der Dönerimbiss, den der Attentäter als zweites Ziel ausgemacht hatte, nachdem ein Eindringen in die Synagoge nicht gelungen war. Durch beständiges ehrenamtliches Engagement konnte dort der Erinnerungsort TEKİEZ etabliert werden.

Neben den antisemitischen Schmierereien am Gedenktag des Anschlags wurden 2024 RIAS Sachsen-Anhalt Vorfälle gemeldet, in denen sich in glorifizierender Weise auf den Anschlag bezogen wird. So wurde die jüdische Gemeinde in Halle in einer Rezension auf Google Maps mit dem Kommentar: »I always come back« versehen, gemeint ist die Rückkehr des Attentäters vom 9. Oktober 2019. Darunter wurde ein Bild des Attentäters gepostet. Der Username lautete »Death«. In einer weiteren Rezension wurde der Anschlag ebenfalls verherrlicht.

VORFALL: Glorifizierung des Anschlags von Halle

Auf der Rezensionsseite von Google Maps zur Synagoge der Jüdischen Gemeinde Halle wurde der Anschlag von Halle verherrlicht. Ein Unbekannter schrieb auf Russisch: »Ein schöner Ort. Ich war hier und habe sogar ein Foto gemacht.« Darunter ist das Foto eingestellt, dass den Attentäter von Halle vor dem zweiten Tatort am Dönerimbiss zeigt.

VORFALLART: **verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **antisemitisches Othering**

Zu Beginn 2025 wurde durch die Presse bekannt, dass die Synagoge in Halle erneut Ziel eines Anschlags werden sollte. Der Anschlagsplan konnte glücklicherweise vereitelt werden. Ganz abgesehen davon, dass Glorifizierungen des antisemitischen und rassistischen Terroranschlags und das Verächtlichmachen der Opfer, der Betroffenen und der Zeug:innen eine retraumatisierende Wirkung haben, sind sie gefährlich, weil sie zu solchen Nachahmungstaten anstiften können.

Neben den Vorfällen mit Bezug auf den Anschlag gab es 2024 in Halle vermehrt Vorfälle mit Post-Shoah-Antisemitismus: 2023 waren es 14 Vorfälle gegenüber 34 im Jahr 2024. Vorfälle mit Post-Shoah-Antisemitismus haben sich also in Halle mehr als verdoppelt. Zudem wurden RIAS Sachsen-Anhalt aus Magdeburg acht Vorfälle in dieser Erscheinungsform des Antisemitismus bekannt. Die restlichen 45 Vorfälle der insgesamt 87 verteilen sich auf die übrigen Regionen in Sachsen-Anhalt.

VORFALL: Angriff auf die Erinnerung

Neben dem Diebstahl von Stolpersteinen gab es weitere Angriffe auf die Erinnerung an die Shoah. In Magdeburg etwa wurden Blumenkränze, die am 9. November am Mahnmal der ehemaligen Synagoge niedergelegt wurden, wenige Tage später zerstört.

VORFALLART: **gezielte Sachbeschädigung** ERSCHEINUNGSFORM: **Post-Shoah-Antisemitismus**

Post-Shoah-Antisemitismus oft in Verbindung mit rechtsextremem politischem Hintergrund

Antisemitische Vorfälle, die sich einem rechtsextremen Hintergrund zuordnen lassen, zeigen häufig Elemente des Post-Shoah-Antisemitismus. Einerseits verfolgt die rechtsextreme Ideologie eine Verharmlosung oder gar Leugnung der Shoah und bekämpft die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus. Andererseits werden der Nationalsozialismus und die systematische Ermordung von Jüdinnen:Juden verherrlicht. Nicht selten wird in antisemitischen Vorfällen Jüdinnen:Juden mit dem »Vergasen« gedroht, sodass die Täter:innen sich hier also ganz unverhohlen auf die Vernichtungspolitik des NS beziehen.

Im Jahr 2024 hat sich der Anteil an Vorfällen mit einem rechtsextremen Hintergrund erheblich vergrößert. Konnten 2023 nur 17 Vorfälle diesem Hintergrund zugeordnet werden, sind es 2024 bereits 47 Vorfälle. Von diesen 47 Vorfällen weisen 33 Vorfälle die Erscheinungsform des Post-Shoah-Antisemitismus auf. Sie gehen auf eine Vielzahl antisemitischer Schmierereien und Aussagen zurück, die durch Sprache und Symbolik den Nationalsozialismus verherrlichen, oft in Verknüpfung mit judenfeindlichen Aussagen oder Symbolisierungen.

Vorfall: rechtsextreme Schmiererei

Mitte Februar sprühten Unbekannte in Burg auf einen Gehweg vor einer Unterführung einen 2 x 2 Meter großen Davidstern mit roter Farbe, mit einem ähnlich großen »Sieg Heil«-Schriftzug darunter. Die verbotene Parole zusammen mit dem Davidstern zeigt deutlich den antisemitischen Charakter der Schmiererei, die klar einem rechtsextremen Hintergrund zuzuordnen ist.

VORFALLART: **verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **Post-Shoah-Antisemitismus**

Zudem zeigen sich in solchen Vorfällen auch Verschränkungen zwischen dem Post-Shoah-Antisemitismus und einem antisemitischen Othering. Jüdinnen:Juden werden als Fremdkollektiv konstruiert und häufig durch Tiervergleiche, beispielsweise »Judenschweine«, abgewertet. Zwölf der 20 Vorfälle, die beide Erscheinungsformen aufwiesen, konnten einem rechtsextremen Hintergrund zugeordnet werden.

Auch wenn in der öffentlichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus nach dem 7. Oktober 2023 und dem Bundestagswahlkampf 2024 besonders linker und antiimperialistischer sowie islamistisch motivierter Antisemitismus im Fokus standen, bleibt die rechtsextreme Bedrohung akut und darf nicht übersehen werden; die Vorfälle in Sachsen-Anhalt belegen das. Zugleich gibt es viele Fälle, in denen Erscheinungsformen des israelbezogenen Antisemitismus zusammen mit Post-Shoah-Antisemitismus auftreten, häufig von Akteuren, die dem linken/antiimperialistischen Spektrum oder dem

antiisraelischen Aktivismus zuzuordnen sind (Zu Mehrfachzuordnung siehe Seite 26).

Auch wenn im Erfassungszeitraum besonders rechte und linke/antiimperialistische Akteure im Vordergrund standen, geht RIAS weiterhin von einem großen Dunkelfeld auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft aus.

ÜBER RIAS SACHSEN-ANHALT

Die Meldestelle RIAS (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus) Sachsen-Anhalt wurde im Februar 2022 ins Leben gerufen und befindet sich in Trägerschaft von OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung. Die Meldestelle ist eine niedrigschwellige, zivilgesellschaftliche Einrichtung, die antisemitische Vorfälle in Sachsen-Anhalt dokumentiert, analysiert und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt. Die Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle machen die Erlebnisse und Erfahrungen von Jüdinnen:Juden mit Antisemitismus sichtbar und zeigen entsprechende Handlungsbedarfe auf. RIAS Sachsen-Anhalt gewinnt durch ihre Arbeit relevante Informationen für die Intervention gegen und die Prävention von Antisemitismus. Die Meldestelle leistet somit einen wichtigen Beitrag bei der Aufklärung über Antisemitismus und der Sensibilisierung von Politik und Öffentlichkeit.

Bereits die Befragung von Jüdinnen:Juden im Zuge der Problembeschreibung »Antisemitismus in Sachsen-Anhalt«[20] des Bundesverbands RIAS im Jahr 2020 hat verdeutlicht, dass Antisemitismus für Jüdinnen:Juden in Sachsen-Anhalt ein alltagsprägendes Phänomen ist.

20 Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (2020): Problembeschreibung Antisemitismus in Sachsen-Anhalt, https://report-antisemitism.de/documents/2020-04-28_rias-bund_Problembeschreibung-Antisemitismus-in-Sachsen-Anhalt.pdf (abgerufen am 10.04.2025).

Für die Betroffenen bedeutet das eine tägliche Abwägung zwischen Sicherheit und Sichtbarkeit ihrer jüdischen Identität. So muss in Situationen, die für Nichtbetroffene völlig unbedenklich sind, von Jüdinnen:Juden ein Gefahrenpotential antizipiert werden, etwa für den Weg zur Arbeit, in die Schule oder den Sportverein. In einigen Fällen ist Antisemitismus klar erkennbar, etwa wenn im Umfeld eines Fußballspiels die Shoah verhöhnende Lieder erklingen. In anderen Fällen ist er für Außenstehende schwieriger einzuordnen. So bestehen die Handlungs- und Artikulationsformen des Antisemitismus nicht immer in physischer Gewalt oder antisemitischen Beleidigungen. Sie treten häufig in Form von Chiffren auf: Täter:innen verwenden Ausweichkommunikation, Codes und bestimmte andeutende Narrative, um den antisemitischen Gehalt zu verschleiern.

Jüdinnen:Juden können Antisemitismus nicht auf dieselbe Weise von ihrem Alltag ablösen wie die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft. Dass er ihren Alltag prägt und sie dazu zwingt, Handlungsoptionen und mögliche Konsequenzen zu antizipieren, zeigt auch eine Studie des Bundesverbands RIAS,[21] die in der Untersuchung eine Perspektivendivergenz[22] feststellt: Es zeigen sich in den Befragungen deutliche Unterschiede zwischen der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft und Jüdinnen:Juden in der Wahrnehmung, in den Folgen und auch in der Erwartung von Antisemitismus. Hier setzt die Arbeit der RIAS Sachsen-Anhalt an.

Mit der Schaffung zweier Projektstellen und dem Aufbau projektspezifischer Ressourcen vor Ort begann im Juni 2022 die systematische Dokumentation antisemitischer Vorfälle sowohl über- als auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze in Sachsen-Anhalt.[23] Antisemitische Vorfälle können seitdem über das mehrsprachige Onlineportal unter **www.report-antisemitism.de** gemeldet werden. Daneben gibt es die Möglichkeit, RIAS Sachsen-Anhalt über E-Mail unter **info@rias-sachsen-anhalt.de** oder telefonisch unter **0345 131 83 036** sowie **0345 131 83 031** anzusprechen. Die Vorfallmeldung erfolgt auf Wunsch anonym. Eine Veröffentlichung von Vorfällen erfolgt nur mit Zustimmung der Meldenden und Betroffenen sowie unter datenschutzrechtlicher und sicherheitsrelevanter Abwägung.

21 Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (2023): »Das bringt einen in eine ganz isolierte Situation« – Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland 2017–2020, https://report-antisemitism.de/documents/2023-02-28_Isolierte_Situation_Web.pdf (abgerufen am 10.04.2025).
22 Zum Begriff der Perspektivendivergenz siehe auch: Unabhägiger Expertenkreis Antisemitismus (2017), S. 93 ff.
23 Vor Beginn der systematischen Dokumentation durch die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt im Juni 2022 bearbeitete der Bundesverband RIAS die Meldungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle aus Sachsen-Anhalt für seine bundesweite Erfassung.

Zudem bietet RIAS Sachsen-Anhalt allen Meldenden und Betroffenen eine Verweisberatung zu Netzwerkpartner:innen an, die ebenfalls mit den Standards der Betroffenenperspektive arbeiten. So können Ratsuchende eine fallspezifische und fachliche Rechtsberatung, eine psychosoziale Begleitung oder direkte Unterstützung beim Stellen einer Strafanzeige erhalten. Besonders eng ist die Zusammenarbeit mit dem OFEK e.V.-Beratungsstandort OFEK Sachsen-Anhalt, der Beratung nach Antisemitismus-Erfahrungen, stärkende Angebote für die Community und antisemitismuskritische strukturbildende Fachberatung für Institutionen anbietet.

ANHANG

Begrifflicher Rahmen und Kategoriensystem

Die genutzten Vorfallkategorien wurden vom britischen Community Security Trust (CST)[24] übernommen und von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst. So wurde etwa die Kategorie der gezielten Sachbeschädigung um Vorfälle an Orten der Erinnerung an die Shoah erweitert, um dem im Vergleich zu Großbritannien weitaus stärker verbreiteten Phänomen der Erinnerungsabwehr Rechnung zu tragen. Als Teil der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) RIAS verwenden bundesweit alle regionalen Meldestellen, so auch RIAS Sachsen-Anhalt, dieselben Kategorien, um Transparenz und Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

RIAS Sachsen-Anhalt erlangt auf unterschiedliche Weise Kenntnis von antisemitischen Vorfällen im Bundesland. In den meisten Fällen sind die 2024 dokumentierten antisemitischen Vorfälle direkt über die mehrsprachige Meldeseite **www.report-antisemitism.de** oder via Mail an **info@rias-sachsen-anhalt.de** mitgeteilt worden. Auch telefonisch wurden einige Vorfälle erfasst. Außerdem erreichen das Projekt Informationen über antisemitische Vorfälle durch institutionalisierte Formen der Übermittlung vonseiten der Kooperations- und Netzwerkpartner:innen, etwa der Beratungs- und Interventionsstelle für Betroffene von Antisemitismus Sachsen-Anhalt, OFEK e.V. Dazu kommen anlassbezogene Gespräche mit jüdischen und nichtjüdischen Organisationen sowie Presseberichte. Darüber hinaus konnte RIAS Sachsen-Anhalt bereits durch projekteigenes Monitoring von Medien und Veranstaltungen antisemitische Vorfälle erfassen. RIAS Sachsen-Anhalt geht jedoch weiterhin von einem hohen Dunkelfeld nicht gemeldeter und nicht dokumentierter antisemitischer Vorfälle aus.

24 Community Security Trust (2015): Definitions of Antisemitic Incidents, https://cst.org.uk/data/file/6/e/Definitions-of-Antisemitic-Incidents.1425054324.pdf (abgerufen am 08.04.2025).

RIAS Sachsen-Anhalt dokumentiert antisemitische Vorfälle unabhängig von ihrer strafrechtlichen Relevanz oder Schwere. Zudem arbeitet die Anlaufstelle betroffenenorientiert und parteiisch. Wenn sich Betroffene, Freund:innen, Bekannte oder Zeug:innen aufgrund eines antisemitischen Vorfalls melden, nehmen Mitarbeiter:innen zeitnah Kontakt mit der ratsuchenden Person auf, um den jeweiligen Vorfall einzuordnen und die Person mit Hilfsangeboten vertraut zu machen.

Kategoriensystem

Vorfallarten

Bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle unterscheidet RIAS je nach Art und Schwere des Vorfalls sechs verschiedene Vorfallarten:

/ **Extreme Gewalt**
/ **Angriffe**
/ **Gezielte Sachbeschädigungen**
/ **Bedrohungen**
/ **Verletzendes Verhalten**
/ **Massenzuschriften**

Als **extreme Gewalt** gelten (versuchte) physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben (können) oder schwere Körperverletzungen darstellen. Zu dieser Kategorie gehören beispielsweise auch Fälle von Kidnapping, Messerangriffe oder Schüsse. Als **Angriffe** werden Vorfälle gewertet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Zudem werden hierzu auch Beschädigungen oder Beschmutzungen von Erinnerungszeichen und -orten (z.B. Stolpersteine und Gedenktafeln) oder mit ihnen verbundenen Institutionen gezählt. Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder verbale Androhung von Gewalt. **Verletzendes Verhalten** umfasst antisemitische Vorfälle ohne explizite Gewaltandrohung der Täter:innen; ein solches Verhalten kann konkrete Einzelpersonen, aber auch die Öffentlichkeit adressieren. Zu verletzendem Verhalten zählen antisemitische Äußerungen, zum Beispiel antisemitische Beschimpfungen von jüdischen wie nichtjüdischen Personen oder Institutionen, des Weiteren Äußerungen auf Demonstrationen und Schmiereien im öffentlichen Raum sowie Beschädigungen oder das Beschmieren nichtjüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Plakate, Aufkleber. Als **Massenzuschriften** werden antisemitische Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten.

Erscheinungsformen des Antisemitismus

Bei der fachlichen Auswertung der dokumentierten Vorfälle differenziert RIAS fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Dabei ist zu beachten, dass diese Kategorien lediglich idealtypisch sind und es sich bei den Vorfällen oft um eine Kombination aus mehreren Formen von Antisemitismus handelt. In Fällen von verbalen Anfeindungen können Täter:innen beispielsweise gleichzeitig Ausdrücke des modernen Antisemitismus und des Antijudaismus verwenden. Daher ist die Gesamtzahl der erfassten Vorfälle geringer als die Gesamtsumme der Vorkommnisse der einzelnen Erscheinungsformen.

Antijudaismus

Antijudaismus ist im Gegensatz zum modernen Antisemitismus in erster Linie religiös motiviert und äußert sich in abwertenden Zuschreibungen gegenüber der jüdischen Religion. Zum einen bezieht sich antijudaistischer Antisemitismus auf die Verbreitung von religiös motivierten antisemitischen Stereotypen. Ein Beispiel hierfür ist der Vorwurf, dass Jüdinnen und Juden für den Tod Jesu verantwortlich seien. Die Vorstellung, dass Jüdinnen und Juden Satan verehren, wird dagegen nicht nur durch christliche, sondern auch durch islamische Glaubensüberzeugungen gestützt. Zum anderen umfasst antijudaistischer Antisemitismus auch antisemitische Feindbilder, die sich gegen die jüdische Religion selbst richten. Solche Stereotype finden sich beispielsweise in den Diskussionen über die Beschneidung jüdischer Jungen und das Schächten gemäß jüdischer Speisevorschriften.

Moderner Antisemitismus

Der moderne Antisemitismus entstand im späten 18. Jahrhundert und war historisch mit etablierten antijüdischen Vorurteilsstrukturen verbunden. Er hat sich jedoch zu einer Ideologie entwickelt, die nicht mehr nur auf Religion beruht. Er basiert vielmehr auf der Vorstellung, dass Jüdinnen:Juden unfähig zur Loyalität seien und als wurzellose Gemeinschaft innerhalb der Staaten die vermeintlich organisch gewachsenen nationalen Gemeinschaften zersetzen würden. Diese angeblich fehlende Loyalität gegenüber Staat und Nation ist eines der verschwörungsideologischen Elemente, das den modernen Antisemitismus kennzeichnet. Jüdinnen:Juden werden zudem oft als Strippenzieher dargestellt, die zu ihrem eigenen Vorteil undurchsichtige Machenschaften steuern und weltweit ökonomische und soziale Krisen verursachen. Außerdem wird ihnen vorgeworfen, dass sie über eine außergewöhnliche wirtschaftliche Macht verfügen und einen zerstörerischen Einfluss auf die Gesellschaften ausüben würden, in denen sie leben. Um diese Ideen zu verbreiten, werden häufig Personalisierungen und Codes verwendet, wobei Bezeichnungen wie »Rothschilds« oder »George Soros« den Begriff »Juden« ersetzen. Es kommt indes im

modernen Antisemitismus nicht selten vor, dass Jüdinnen:Juden füreinander widersprechende Entwicklungen verantwortlich gemacht werden, für das »raffende Kapital« ebenso wie für den Kommunismus, für Seuchen ebenso wie für abstrakt-rationales Denken, für Krisen ebenso wie für Ausbeutung und Profite.

Post-Shoah-Antisemitismus

Im Post-Shoah-Antisemitismus werden die historische Tatsache, das Ausmaß, die Mechanismen (z.B. die Gaskammern) sowie die Vorsätzlichkeit des Völkermordes an den Jüdinnen:Juden durch das nationalsozialistische Deutschland, seine Unterstützer:innen und Kompliz:innen während des Zweiten Weltkrieges bestritten. Auch die Behauptungen, Jüdinnen:Juden seien für die Shoah selbst verantwortlich oder würden die Shoah übertrieben darstellen oder hätten sie erfunden, gehören zur Erscheinungsform des Post-Shoah-Antisemitismus. Die damit verbundene Schuldabwehr drückt sich in der Empörung über und die Zurückweisung von Positionen und Denkzeichen aus, die an die nationalsozialistischen Verbrechen an den Jüdinnen:Juden erinnern. Schuld- und Erinnerungsabwehr treten häufig gemeinsam mit der Verhöhnung der Opfer auf.

Israelbezogener Antisemitismus

Antisemitische Einstellungen können auch auf den Staat Israel projiziert werden. Sind Äußerungen zur Politik Israels mit Ideologemen des Antisemitismus verbunden, werden sie der genannten Erscheinungsform zugerechnet. Dazu zählen auch Aussagen, die sich antisemitisch gegen den jüdischen Staat richten, etwa wenn diesem die Legitimität zur Existenz abgesprochen wird. Unter israelbezogenen Antisemitismus fallen etwa die Delegitimierung und die Dämonisierung des Staates Israel oder seine Beurteilung durch einen sog. Doppelstandard. Das umfasst unter anderem Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten und das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches oder koloniales Unterfangen. Auch das Bestreben, alle Jüdinnen:Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen, wird dieser Kategorie zugeordnet.

Aussagen über Israel sind in solchen Fällen oft eine sogenannte Umwegkommunikation, das heißt, es werden implizit antisemitische Aussagen getroffen, z.B. über »die« Jüdinnen:Juden, ohne offen antisemitisch aufzutreten.

Antisemitisches Othering

Antisemitisches Othering liegt vor, wenn Jüdinnen:Juden durch Handlungen, Worte und Bilder als fremd oder anders klassifiziert werden.[25] In Situationen, in denen Jüdinnen:Juden für die israelische Politik verantwortlich gemacht werden, werden sie oft als nicht zugehörig zu einer imaginierten Wir-Gruppe bezeichnet. Das Othering richtet sich nicht gegen individuelle Jüdinnen:Juden, sondern nutzt eine vermeintliche jüdische Identität zur Aus- und Abgrenzung. Ein Othering ist auch die Verwendung von »Du Jude!« als Beleidigung oder die Verwendung des Begriffs »Jude« zur Abwertung von Personen. Solche Vorfälle gibt es beispielsweise auf Schulhöfen und in Fußballstadien.

Politisch-weltanschauliche Tathintergründe

RIAS Sachsen-Anhalt ordnet den antisemitischen Vorfällen oder den dafür Verantwortlichen einen politischen Hintergrund zu, soweit er sich eindeutig erschließen lässt, etwa durch die Selbstbezeichnung der Täter:innen, durch verwendete Szene-Codes oder Gruppenbezeichnungen bzw. Gruppenkürzel. Auch durch den antisemitischen Gehalt und durch den situativen Kontext des jeweiligen Geschehens kann ggf. der politisch-weltanschauliche Hintergrund zugeordnet werden, etwa wenn antisemitische Aussagen im Zuge einer Verherrlichung des Nationalsozialismus erfolgen. Häufig können antisemitische Vorfälle allerdings aufgrund unzureichender oder fehlender Informationen nicht nach einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund klassifiziert werden. Insgesamt werden sieben politisch-weltanschauliche Hintergründe differenziert; pro Vorfall ist jeweils nur eine Einordnung möglich.

Antisemitische Vorfälle können als **rechtsextrem oder rechtspopulistisch** eingestuft werden. **Rechtsextrem** fungiert als Sammelbegriff für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und menschenrechtswidrige Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Rechtsextreme Ideologien gehen von einer grundsätzlichen Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen oder Gruppen aus, verbunden mit dem Wunsch, in ethnisch homogenen Gemeinschaften zu leben, sowie der Forderung nach Unterordnung des Einzelnen unter diese Gemeinschaft. Unter **rechtspopulistisch** werden dagegen gemäßigtere Formen des Rechtsextremismus gefasst. Diese politische Ideologie bedient sich kulturell-religiöser und ökonomischer Rechtfertigungen und zielt im Gegensatz zum Rechtsextremismus nicht auf die vollständige Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, die vielmehr destabilisiert und auf autoritäre Weise umgestaltet werden soll. Zudem ist der Rechtspopulismus eine spezifische Form der politischen Kommunikation und Mobilisierung, die sich u. a. gegen »politische Eliten« richtet.

25 Auch im Othering treten häufig mehrere Erscheinungsformen des Antisemitismus zusammen auf. Gleichwohl ist es sinnvoll, das Othering als separate Erscheinungsform zu erfassen, da auf der Vorfallebene spezifische Phänomene erfasst und beschrieben werden können, die andernfalls nicht hinreichend sichtbar würden.

Als **links oder antiimperialistisch** werden antisemitische Vorfälle eingeordnet, die mit dem Propagieren linker Werte einhergehen oder wenn die betreffenden Personen oder Gruppen sich in einer linken Tradition verorten. Antiimperialismus geht oft mit einer binären Weltsicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik einher.

Antisemitische Vorfälle werden als **christlich oder christlich fundamentalistisch** eingeordnet, wenn sie mit einer positiven Bezugnahme auf christliche (oder christlich fundamentalistische) Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Einem **islamischen oder islamistischen** Hintergrund werden antisemitische Vorfälle zugeordnet, die mit einer positiven Bezugnahme auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Das bezieht sich auf unterschiedliche Islamverständnisse, auch islamistische.

Antisemitische Vorfälle gelten als **verschwörungsideologisch,** wenn die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmythen im Vordergrund steht und kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Dem **antiisraelischen Aktivismus** werden politische Auffassungen und Handlungen, Personen oder Gruppen zugeordnet, bei denen die israelfeindliche Motivation eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu überwiegt.

Der **politischen Mitte** werden antisemitische Vorfälle zugeordnet, wenn keiner der zuvor genannten politisch-weltanschaulichen Hintergründe zutrifft und die Verantwortlichen für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten.

Abbildungsverzeichnis

GRAFIK 1: Antisemitische Vorfälle 2024 nach Vorfallart 17

GRAFIK 2: Erscheinungsformen des Antisemitismus 2023 – 2024 21

GRAFIK 3: Betroffene von antisemitischen Vorfällen in Sachsen-Anhalt 2024 27

GRAFIK 4: Betroffene Individuen antisemitischer Vorfälle 2024 29

GRAFIK 5: Betroffene Institutionen antisemitischer Vorfälle 2024 30

GRAFIK 6: Tatorte antisemitischer Vorfälle 2024 32

GRAFIK 7: Regionale Verteilung der antisemitischen Vorfälle im Jahr 2024 nach Landkreisen 36

GRAFIK 8: Verteilung des politisch-weltanschaulichen Hintergrunds der antisemitischen Vorfälle 2024 39

ABBILDUNG 1: Rimma Fil und Inessa Myslitska. Quelle: Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt, K.d.ö.R. 6

ABBILDUNG 2: Dr. Wolfgang Schneiß. Quelle: Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt 8

ABBILDUNG 3: Antisemitische Schmiererei in Magdeburg Quelle: Meldung an RIAS Sachsen-Anhalt 19

ABBILDUNG 4: Antisemitismus im Fußballbereich. Quelle: Meldung an RIAS Sachsen-Anhalt 22

ABBILDUNG 5: israelfeindlicher Sticker in Roßlau. Quelle: Meldung an RIAS Sachsen-Anhalt 23

ABBILDUNG 6: antisemitische Postkarte. Quelle: Jüdische Gemeinde Halle 28

ABBILDUNG 7: israelfeindlicher Sticker am Campus. Quelle: Meldung an RIAS Sachsen-Anhalt 34

ABBILDUNG 8: antisemitische Schmiererei an den Steinen der Erinnerung in Halberstadt. Quelle: Berend Lehmann Museum 38

ABBILDUNG 9: Flyer »Faktencheck Palästina«. Quelle: Meldestelle Antisemitismus RIAS Sachsen-Anhalt 47

ABBILDUNG 10: Angriff auf die Erinnerung an den Anschlag von Halle am 9. Oktober 2019. Quelle: TEKİEZ 53

RIAS Sachsen-Anhalt

Die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt in Trägerschaft von OFEK e. V. dokumentiert landesweit antisemitische Vorfälle mit und ohne Straftatbestand. Die Meldestelle arbeitet in enger Kooperation mit jüdischen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Beratungsnetzwerken vor Ort. Sie nimmt Meldungen auf, verweist auf weiterführende Beratungsangebote, informiert über aktuelle Entwicklungen. Wie die Beratungsstelle OFEK Sachsen-Anhalt folgt auch die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt den Grundsätzen der Parteilichkeit und Vertraulichkeit im Kontakt mit den Betroffenen. Die Meldenden bleiben auf Wunsch anonym und entscheiden selbst, wie mit ihrer Meldung umgegangen werden soll. Die Meldestelle berücksichtigt alle Formen von Antisemitismus, von Zuschriften, Schmiereien, Beschimpfungen und Kommentaren über Sachbeschädigungen, Angriffen, Diskriminierung, Bedrohung bis hin zu extremer Gewalt.

Die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. und arbeitet auf Basis der vom Bundesverband entwickelten, einheitlichen Anforderungen und Qualitätsstandards. Die gemeldeten Vorfälle aus Sachsen-Anhalt werden vom regionalen Team der Meldestelle aufgenommen und über die Plattform des Bundesverbands erfasst. Die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt sitzt in Halle (Saale) und arbeitet landesweit. Das Team der Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt ist dankbar für Meldungen und Anfragen!

TELEFON: +49 (0) 345 13 18 30 36 und +49 (0) 345 13 18 30 31
E-MAIL: info@rias-sachsen-anhalt.de
WEB: www.ofek-beratung.de/rias-sachsen-anhalt
www.report-antisemitism.de/rias-sachsen-anhalt
INSTAGRAM: @rias.lsa

JEDERZEIT ANTISEMITISCHE VORFÄLLE MELDEN: WWW.RIAS-SACHSEN-ANHALT.DE

Die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt ist ein Projekt in Trägerschaft von OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung.

OFEK e.V. ist die erste Fachberatungsstelle in Deutschland, die auf Antisemitismus und Community-basierte Betroffenenberatung bei Gewalt und Diskriminierung spezialisiert ist. OFEK arbeitet bundesweit und verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz:
1.) fallbezogene Betroffenenberatung,
2.) Stärkung und Empowerment der Community,
3.) antisemitismuskritische Beratung für Institutionen,
4.) Advocacy und fachpolitische Interessensvertretung.

Die Beratung von Betroffenen orientiert sich an den fachspezifischen Qualitätsstandards professioneller Opfer- und Antidiskriminierungsberatung.

OFEK ist erreichbar über die bundesweite Hotline und verfügt über Beratungsstandorte in Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (im Aufbau). Außerdem ist OFEK e.V. Träger von zwei RIAS-Meldestellen in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Zusammen mit der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland trägt OFEK e.V. die telefonische Seelsorge-Hotline auf Hebräisch.

OFEK berät vertraulich, kostenfrei und mehrsprachig zum Umgang mit antisemitischen Vorfällen. OFEK berät ungeachtet der strafrechtlichen Relevanz, stärkt die Ratsuchenden, richtet den Blick auf Handlungsmöglichkeiten und berücksichtigt in der Beratung familienbiografische Erfahrungen mit Antisemitismus und Diskriminierung. Fallbezogene Beratung ist stets parteiisch im Auftrag der Betroffenen und orientiert sich an ihren Wünschen und Bedürfnissen. Alle Angebote können auf Deutsch, Hebräisch, Russisch und Englisch in Anspruch genommen werden.

Das Angebot von OFEK umfasst:
/ Psychosoziale Betroffenenberatung bei Vorfällen
/ Beratung zu rechtlichen Möglichkeiten im Umgang mit Antisemitismus
/ Psychologische Beratung und Krisenintervention
/ Vermittlung weiterführender (therapeutischer) Angebote
/ Fallbezogene Öffentlichkeitsarbeit
/ Stärkende Gruppenberatung und passgenaue Empowerment-Formate
/ Awareness-Begleitung von Veranstaltungen
/ Institutionelle Fachberatung zu Schutzkonzepten und Notfallplänen
/ Fachberatung zum Interventionsmanagement bei Vorfällen
/ Fortbildungsformate für Schulen, Hochschulen, Behörden, zivilgesellschaftliche Träger
/ Auf Anfrage weitere Beratungs- und Weiterbildungsformate

WEB: www.ofek-beratung.de
E-MAIL: kontakt@ofek-beratung.de
FACEBOOK: ofekberatung
INSTAGRAM: ofek_beratung
LINKEDIN: ofek-e-v
YOUTUBE: ofek_beratung
BLUESKY: ofek-beratung.de

Bundesweite Beratungshotline:
+49 (0) 800 664 52 68
+49 (0) 176 45 87 55 32

Unterstützen Sie unsere Arbeit!
Mit einer Spende unterstützen Sie direkt die Arbeit von OFEK e.V.
IBAN: DE29 1005 0000 0190 9049 41
BIC: BELADEBEXXX (Berliner Sparkasse)
Auf Wunsch stellen wir gern eine Zuwendungsbestätigung aus.

Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt

Angebote von RIAS Sachsen-Anhalt

/ Vertrauliche Annahme anonymer Meldungen über antisemitische Vorfälle;
/ Vermittlung von weitergehenden Unterstützungsangeboten (juristisch, psychologisch, politisch sowie Betroffenen- und Antidiskriminierungsberatung);
/ Unterstützung bei öffentlicher Kommunikation persönlicher Erfahrungen;
/ Auskünfte über antisemitische Ausdrucksformen, Gruppen, Ereignisse.

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle mitteilen:

www.rias-sachsen-anhalt.de
TELEFON: +49 (0) 345 13 18 30 36 und +49 (0) 345 13 18 30 31
E-MAIL: info@rias-sachsen-anhalt.de

INSTAGRAM: rias.lsa
WEB: www.ofek-beratung.de/rias-sachsen-anhalt
www.report-antisemitism.de/rias-sachsen-anhalt

Die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt ist ein Projekt von

ofek אופק
Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung

Die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt wird gefördert von

SACHSEN-ANHALT #moderndenken